

Der Baugewerksbund

In dieser Nummer fordern wir mit besonderem Nachdruck: **Arbeitsbeschaffung!**

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes für Baumeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton-, Eisen-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Dachelosen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Püger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzereien, Fliesenleger, Mauerleger und Terrazzoarbeiter

Erscheinung wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Abbestellungsverfahrens am 1. März. Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund, Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 7 00nboff 7650, 7651, 6240. Postfach 65232. Bankkonto: Kant der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Bankf. Geldausgaben nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

Schafft Arbeit!

Kürzlich lief durch die deutsche Presse die Nachricht, die sechste Million Arbeitsloser sei in Deutschland nunmehr überschritten. Diese Kunde wurde von der Sensationspresse registriert, wie man etwa den Weinbruch eines alten Droschkengauls verkündet. Weit wichtiger erscheinen dieser Presse und dem ihr verwendeten besitzbürgerlichen Zeitungspapier die Unterhaltungen in Genf, wo unter heiligsten Friedensschwüren der diplomatischen Heuchelei die Krone aufgesetzt wird, oder der Vergewaltigungskrieg Japans gegen China, oder die politische Harlekinade eines Hissler oder Jugenberg. Das furchtbare Elend, das aus der Zahl von über sechs Millionen Arbeitslosen hervorginkt, läßt diese Kreise kalt. Abgebrüht und gedankenlos gleitet man darüber hinweg. Das öffentliche Gewissen in Deutschland ist heute bereits dermaßen abgestumpft, daß es für eine solche ungewöhnliche Verschlimmerung der Wirtschaftskrise nur noch ein gleichgültiges Achselzucken übrig hat. Da war es wahrhaftig an der Zeit, daß der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 15. und 16. Februar das öffentliche Gewissen wachzurufen versuchte und ungefühm den Aufbruch der Arbeiter zu einer solchen Forderung entließ, aber auch zugleich eine ebenso eindeutige wie unverblühte Mahnung an die Reichsregierung, mit ihrer ebenso gedankenlosen wie verhängnisvollen Notverordnungen Politik endlich Schluss zu machen. In der Tat: Diese Politik muß in ihrem Schlüsselpunkt das deutsche Volk einem völlig unbegrenzten Elend ausliefern! In keinem Lande der Welt sind Umfaß und Kaufkraft in solchem Umfange wie am deutschen Binnenmarkt gesunken! Ebenso sonnenklar wie graufam beleuchtet die Arbeitslosenziffer die Auswirkungen der sogenannten Notverordnungen zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen. Hat sich was mit dieser „Sicherung“! Von Notverordnung zur Notverordnung wandte es sich zu Schlimmerem, stieg das Elend der breiten Massen. Von der ersten Notverordnung im Dezember 1923, die der sozialen Reaktion die ersten Triumphe brachte, bis zur letzten Notverordnung im Dezember 1931 zieht sich wie ein roter Faden die Vergroßerung der Not deutscher Volksgenossen. Im Juni 1931, als die Zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die Dritte Notverordnung Wirtschaft und Finanzen angeblich „sicherte“, war sie auf 4,7 Millionen gestiegen. Sie wuchs, bis die Vierte Notverordnung verhängt wurde, auf 5,3 Millionen, und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von über 6 Millionen Arbeitslosen weiter gesteigert worden. Es sieht beinahe so aus, als ob die Politik der Reichsregierung nur darauf angelegt wäre, neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen...

Man redet davon, durch eine Krediterschöpfung im Ausland lasse sich die deutsche Wirtschaft wieder beleben. Aber wer möchte Deutschland eine solche Leihgabe geben! Das internationale Mißtrauen ist heute fast allgemein, vor allem richtet es sich gegen Deutschland angesichts seiner undurchsichtigen innerpolitischen Verhältnisse. Zudem haben sich Deutschlands außenpolitische Beziehungen in letzter Zeit verschlechtert. Will man unter diesen Umständen warten, bis dieser Mißtrauenszustand gegenüber Deutschland behoben ist? Das wäre vergebliches Hoffen, denn je länger zugewartet wird, um so größer wird die Not und um so mehr muß die Kreditfähigkeit Deutschlands ins Rutschen kommen. Deshalb muß sich Deutschland selbst zu helfen suchen! Es muß Arbeit im Lande einbringen! Gelingt dies, dann hebt sich auch die Binnenkaufkraft, und der dann einsehende umgekehrte Kreislauf dürfte sich bald wirtschaftsbelebend auswirken. Allerdings würde auch dann der Auslandsabjaß ungenügend bleiben. Deshalb wird es nicht gelingen, unter diesen Verhältnissen und angesichts der vervollkommenen und sich immer mehr vervollkommnenden Technik jemals wieder allen Arbeitshänden Beschäftigung zu verschaffen. Will man dies, so muß man tiefer schürfen. Dann her mit stark verkürzter Arbeitszeit! Her mit einer Notverordnung, die den Anruf der Lebensstunden, der einen nichtswürdigen Frevler am Volksganzen darstellt, reflexlos verbietet und außerdem unter Anwendung des Einstellungszwanges die tägliche Arbeitszeit ganz erheblich herabsetzt! Doch auch das könnte nur dann ein vollkommenes Allheilmittel sein, wenn die Arbeitszeit international und in dem Maße verkürzt würde, daß allen Arbeit gegeben werden könnte. So etwas läßt aber das kapitalistische Ausbeutungssystem nicht zu. Es hält trotz aller wirtschaftlichen und technischen Veränderungen hartnäckig fest an seinen überlebten Formen. Und da angesichts der trostlosen politischen Zerissenheit der Arbeiterklasse dieser die Macht fehlt, eine vernünftige Planwirtschaft durchzusetzen, die Produktion und Konsum in Einklang bringt, so muß versucht werden, auf dem Boden der Privatwirtschaft das Leben wenigstens zu lindern. Und da wäre eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit ein Behelfsmittel, wodurch immerhin einigen hunderttausend Arbeitshänden in Deutschland wieder Arbeitsgelegenheit geboten werden könnte. Wenn man schon von der Profitwirtschaft nicht lassen will und dem Proletariat die Macht fehlt, an ihre Stelle die sozialistische Wirtschaft zu setzen, so muß dennoch alles versucht werden,

um aus dem zunehmenden Sumpf der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Die Reichsregierung hat in dieser Richtung bisher völlig versagt. Sie befindet sich im Schlepptau der Inbultregierungen und folgt deren kurzfristigen Raffschlägen. Sie steht immer noch nicht die verhängnisvollen Auswirkungen ihrer vererblichen Politik und ist anscheinend geneigt, auch künftig diese Wege zu verfolgen...

Ganz energisch fordern die deutschen Gewerkschaften die Umkehr von dieser Bahn. Sie fordern Arbeitsbeschaffung. Und manche Vorschläge angegebener Wirtschaftstheoretiker scheinen in ihrem Kern geeignet zu sein, ohne ernste Währungsgefahren einer vermehrten Arbeitsbeschaffung die Wege zu ebnen. Was auf diesem Wege bisher durch sogenannte zusätzliche Arbeitsbeschaffung, durch Stadtbrandstiftungen und dergleichen Palliativmitteln geschehen ist und geschehen soll, ist graue Salbe. Es wäre unabwiesbare Pflicht der Reichsregierung, die Vorschläge der Wirtschaftstheoretiker gewissenhaft zu prüfen, um endlich Wege zu finden, die das Wirtschaftsübel Deutschlands in merkbarer Weise zu lindern geeignet erscheinen. Im alten, ausgefahrenen Geleise darf es nicht weitergehen. Am Ende dieser Bahn fände das Chaos.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in einer an anderer Stelle veröffentlichten Entschließung seinen Forderungen in der Frage der Arbeitsbeschaffung Ausdruck gegeben. Ferner hat er beschlossen, zum 23. März einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress einzuberufen, als dessen einziges Thema die Frage der Arbeitsbeschaffung vorgelesen ist. Auch auf dieser Tagung soll das öffentliche Gewissen Deutschlands wachgerüttelt werden. Es muß möglich sein, im Rahmen der nationalen Wirtschaft eine konstruktive Lösung der wichtigen Frage der Arbeitsbeschaffung zu finden! Die Reichsregierung muß an ihre Pflicht erinnert werden, sich endlich zu entschlossenem Handeln aufzuraffen, um der immer mehr sich greifenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten und Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen! Wir wünschen lebhaft, daß alle Gewerkschaftsgenossen allüberall dieses Vorgehen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unterstützen. Millionenfach ertöne der Ruf: Genug des Elends! Schluss mit jeder weiteren wirtschaftlichen Bedrückung der Arbeiterschaft! Schafft Arbeit!

Und nun sei in den nachfolgenden Aufsätzen gezeigt, in welcher Weise der Bauwirtschaft, die unseren Kollegen naturgemäß am nächsten liegt, bei nur einigermaßen gutem Willen sogar im Rahmen der Geldknappheit mehr Leben eingeblasst werden kann!

Im Baugewerbe Arbeit genug, wenn man nur will!

Die Lage im Baugewerbe.
Das deutsche Baugewerbe liegt nahezu völlig still. Eine Arbeitslosigkeit von ungeheuerlichem Umfange zwingt rund 90 % der Bauarbeiter zum Nichtstun, einem unfähig traurigen Nichtstun mit allen seinen Folgen von Not, Entbehrung und seelischer Depression. Selbst im Winter 1928/29, dem härtesten Winter seit 100 Jahren, war die Erwerbslosigkeit nicht annähernd so groß. Heute haben zahlreiche Bauunternehmungen ihre Betriebe vollständig geschlossen, so daß auch die sonst im Winter beschäftigten Stammarbeiter sowie die Polster- und Lehrlinge außer Arbeit sind. Das Institut für Konjunkturforschung hat festgestellt, daß die Bauverhältnisse und Baubeginne nur noch ein Fünftel der des Vorjahres betragen. So ergibt sich für uns ein trostloses Bild, man darf sagen: das Baugewerbe ist heute ein einziger Trümmerhaufen!

Im deutschen Sprachgebrauch hanfirt man vielfach mit den Worten „Arbeitslos“ und „Arbeitsnehmer“. Beides sind zusammengesetzte Worte, ihre Grundelemente sind, als die Zusammensetzung jedoch viel jünger. Diese Worte sind heute sinnwidrig geworden. Daran ändert auch die Tat-

sache nichts, daß man beide Worte in die Gesetzesprache übernommen hat. Wir bestreiten aus kräftigen Gründen schon seit Jahrzehnten, daß die Unternehmer Anspruch auf die Bezeichnung „Arbeitgeber“ haben. Und heute unterstreicht die Wirtschaftslage die Richtigkeit unserer Behauptung. Wenden wir den Blick dem Baugewerbe zu, so sehen wir hunderttausende Bauarbeiter, die sehr gern Arbeit „nehmen“ würden. Rund 90 % unserer Bundesmitglieder sind arbeitslos. Wo aber sind jene, die sich als „Geber der Arbeit“ bezeichnen? Die Reichsregierung legt jedem Deutschen die stiftliche Pflicht auf, seine geistigen und körperlichen Kräfte dem Wohle der Gesamtheit zu widmen, sie gibt ferner jedem Deutschen das Recht auf einen Arbeitsplatz, um seinen Unterhalt zu erwerben. Dieses verbrieft Recht könnte eingelöst werden, wenn wir eine nach sozialistischen Grundfassen geleitete Planwirtschaft hätten. In der prinzipialistischen, nach liberalistischen Grundfassen geleiteten Wirtschaft gibt es keinen Plan, gibt es keine gerechte Verteilung des Volkseinkommens, gibt es keine Verteilung der vorhandenen Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit.

So dreht sich das wirtschaftliche Verhängnis im Kreise. Arbeitslosigkeit erzeugt immer wieder Arbeitslosigkeit, Elend immer wieder neues Elend. Anstatt die Wirtschaft zu sichern, wurde ihr durch jede neue Notverordnung immer wieder ein schwerer Stoß versetzt. Aber kann es denn anders sein? Diese blinde Politik, in deren Vordergrund immer wieder der Lohnabbau steht, kann nichts anderes als immer wieder neue Arbeitslosigkeit erzeugen! Und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Reichsregierung entschlossen ist, andere Bahnen nicht zu wählen und damit Deutschland immer weiter in die Sackgasse des Elends zu führen! Dieser verhängnisvollen Politik der Reichsregierung hat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein energisches „Halt!“ zugerufen. Mit Ungeduld fordert er Arbeitsbeschaffung!

Betrachtet man ferner die Lage im Baugewerbe von der produktivtechnischen Seite, so offenbart sich uns ein an Wahnsinn grenzender Zustand. Baurohstoffe sind im Lande überreichlich vorhanden. Es fehlt weder an Lehm noch an Ton, Kalkstein, Sand, Naturstein, Holz, Schiefer, auch nicht an den für die Weiterverarbeitung notwendigen Kohlen. In gut eingerichteten Produktionswerkstätten herrscht ebenfalls Überfluß. In geschulten Bauarbeitern steht eine Riesenarmee zur Verfügung. Rohstoff und Arbeitskraft aber ergibt das Produkt. Warum wird nicht produziert? Wie bleibt noch die Frage offen, ob für das Produkt der Bauwirtschaft Absatz vorhanden ist, also Nachfrage besteht. Es ist unbestritten, daß das Baugewerbe, um die vorhandenen Wohnbedürfnisse zu befriedigen, noch ein ganzes Jahrzehnt mit Hochdruck arbeiten müßte. Alle Voraussetzungen für eine Hochkonjunktur im Baugewerbe wären also gegeben. Trotzdem wird nicht gebaut. In der kapitalistischen Wirtschaft wird eben nicht nach dem Bedarf, sondern nach dem Profit gewirtschaftet. In der

der Mittel geplant, wodurch die Zahl der Arbeitslosen nicht verringert, sondern sogar noch vergrößert wird.

Reparaturarbeiten.

Der Haus- und Grundbesitz hat immer wieder die Befestigung der Hauszinssteuer verlangt. Auf die Frage, wie man sich die weitere Entwicklung des Wohnungsbauwesens und die damit verbundene Beschäftigung des Baugewerbes denke, wurde vom Hausbesitz darauf verwiesen, daß die fehlwidernden Mittel dann endlich benutzt werden könnten, bringende Reparaturen vorzunehmen. Auf diese Art erhalte das Baugewerbe Arbeitsgelegenheit auf lange Sicht in reichlichem Maße. Nun sind wir soweit. Zwar ist die Hauszinssteuer nicht restlos beseitigt, sie wird in Etappen abgebaut, jedoch vom 1. April 1940 an nicht mehr erhoben werden. Aber schon vom 1. April 1932 an spart der deutsche Haus- und Grundbesitz ein Fünftel der jetzigen Abgabe für die Hauszinssteuer. Das Gesamtaufkommen der Hauszinssteuer betrug im Jahre 1930 rund

händigen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist das eine Zahl, die den Einfluß aller Kräfte für dieses Ziel redifiziert!

Aufteilung von Großwohnungen.
Die Ansichten über Wohnungshygiene und Wohnkultur haben sich grundlegend geändert. Gehörte es bis vor dem Kriege — ja noch darüber hinaus — für die zahlungskraftigen Volksteile zum guten Ton, eine Wohnung inmitten der Großstadt zu besitzen, die sechs und mehr Zimmer hatte, so bildigt heute kaum jemand noch diesem Prinzip. Vor allem hat die grundräßliche Veränderung der Wohnungen über zeitgemäßes Wohnen, die hier nicht näher erörtert werden braucht, viel dazu beigetragen, daß diese Wohnungen heute leer stehen und in absehbarer Zeit nicht mehr vermietet werden können. Soll das so bleiben? In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs könnte man die Sorge um das, was geschehen soll, dem einzelnen Hausbesitzer überlassen. Heute aber ist die Allgemeinheit an dieser Sache interessiert. Mit Mitteln, die in gar keinem Verhältnis zur Schaffung vollständig neuer Wohnstätten stehen,

20 Jahre deutscher Wohnungsbau in Bildern.

<p>1912:</p> <p>Wir genießen den Segen privatkapital. Wohnungsbaues.</p> 	<p>1919:</p> <p>Wir ziehen aus Unterständen in Holzbaracken: Die Segnungen des „Stahlbades“!</p> 	<p>1925 - 1930:</p> <p>Der Bau anständiger Wohnungen wird gefördert. Zwecks Leistungssteigerung wird das Baugewerbe inflationiert und rationalisiert.</p> 	<p>1932:</p> <p>„Wir haben am Bedarf vorbeigebaut“ — und kehren z. Stand von 1919 zurück. 90% des Baugewerbes liegen dadurch brach.</p> <p>10 Millionen M. werden zwecks Verbesserung des Wohnungsbaus zu Baustudien von der Regierung bereitgestellt.</p> 
---	---	--	---

Kurve deutscher Wohnkultur — das Ergebnis.

Vorkriegszeit wurde der Wohnungsbau aus den Spargrößen des Volkes finanziert. Nachdem Krieg und Inflation alle Reserven vernichtet hatten und für eine Neubildung von Sparkapital keine Voraussetzungen mehr blieben, griffen Staat und Gemeinden helfend ein und finanzierten den Wohnungsbau. Jedoch schon 1929 setzte die Abbremsung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau ein. In einzelnen Etappen, in immer steigendem Maße wurden die einstmals dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellten Gelder an anderen Zwecken zugeführt. Nach der letzten Notverordnung vom 3. Dezember 1931 bleibt fast nichts mehr übrig. Was soll nun an diese Stelle treten?

Wenn wir versuchen, diese Frage zu beantworten, so soll damit keineswegs dem Staate die Verpflichtung abgenommen werden, für die verstopften Quellen an andere zu erschließen. Wir wollen einige gangbare Wege zeigen, die das Problem natürlich nicht vollständig lösen können. Eine durchgreifende Besserung ist nach unserer Überzeugung nur möglich durch die

Schaffung der Planwirtschaft, die Verwirklichung des Sozialismus!

Welche Arbeiten können sofort in Angriff genommen werden?

Die nachstehend aufgezeigten Möglichkeiten beschränken sich naturgemäß nur auf Projekte, für die eine Finanzierung bereits besteht. Man sollte annehmen, daß angesichts der außerordentlichen Notlage, in der sich das Baugewerbe befindet, diese Arbeiten sofort einsehen würden; leider ist dem nicht so. In einigen Fällen ist eine Verwen-



Brachliegende Arbeitskraft.
(Bauarbeiter an der Stempelfabrik.)

1850 Millionen Mark, so daß der Hausbesitz schon in diesem Jahre 270 Millionen Mark Steuern weniger zu zahlen braucht.

Wir fordern, daß diese Summe in einer Zeit der allgemeinen Not nicht der Verbesserung der Lebenshaltung der Hausbesitzer zugute kommt, sondern daß die dringend notwendigen Reparaturen vorgenommen werden! Wir denken dabei nicht an die sogenannten Schönheitsreparaturen, auch nicht an Reparaturen, die früher schon regelmäßig ausgeführt wurden, denn beide Arten müssen zur Erhaltung des Bestandes an brauchbaren Wohnungen ununterbrochen fortgesetzt werden. Wir denken vielmehr an zusehender Reparaturen in einem der ersparten Steuer entprechenden Umfang. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Aufwendungen für Reparaturarbeiten zur Hälfte aus Materialkosten, zur anderen Hälfte aus Löhnen bestehen. Werden also 270 Millionen Mark ersparte Hauszinssteuer für die Reparaturen an Bauten verwendet, so sind 135 Millionen Mark davon Löhne für die deutschen Bauarbeiter; die restlichen 135 Millionen Mark kämen der Bauoffenindustrie und den Baubehangewerben zugute. Es ist irreführend, wenn in Kreisen, die dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht nahe stehen, behauptet wird, daß die im Wohnungsbau — also auch in Reparaturen — festgelegten Gelder „unproduktiv“ angelegt seien und als „eingefroren“ betrachtet werden müßten. Gerade bei Hausreparaturen darf man wohl annehmen, daß bis 70% der aufgewendeten Summen aus Löhnen der Bauarbeiter und der Bauoffenarbeiter bestehen. Diese Löhngelder wandern bei der drönelichen Geldbestandsverminderung der Arbeiter bestimmt auf dem schnellsten Wege in den allgemeinen Kreislauf des Geldes zurück.

Um einen ungefähren Begriff zu bekommen, wie groß die Zahl derer sei, die durch die Verwendung der vom 1. April 1932 an ersparten Hauszinssteuer und deren Verwendung für Baureparaturen Beschäftigung finden könnten, nimmt man zweckmäßigerweise die Zahlenangaben der deutschen Baugewerks-Berufsvereinigungen zum Vergleich. Im Jahre 1930 betrug nach diesen Angaben die Lohnsumme im deutschen Baugewerbe 2373 Millionen Mark. Damit wurden beschäftigt 1 227 225 Arbeiter. Setzt man die oben erwähnten 135 Millionen Mark Lohnanteile bei vorzunehmenden Reparaturen ins Verhältnis zu der Lohnsumme des Jahres 1930, so ergibt sich, daß die 135 Millionen Mark rund 5,7% der Lohnsumme des Jahres 1930 betragen. Man könnte also, wenn man das gleiche Beschäftigungsverhältnis zugrunde legt, rund 70 000 Bauarbeiter an 300 Arbeitstagen im Jahre beschäftigen. Da aber eine Vollbeschäftigung an jährlich 300 Arbeitstagen für das Baugewerbe praktisch nicht in Frage kommt, sich vielmehr die Arbeiten auf die Sommermonate zusammenzudrängen, ließen sich — umgerechnet — allein in diesem Zweig

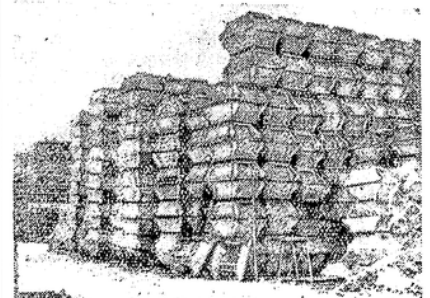
140 000 Bauarbeiter ein halbes Jahr in Arbeit und Brot bringen! Gemessen an der fast voll-

lesse sich in fast allen Fällen eine Umwandlung dieser Kleinwohnungen vornehmen. Das Ergebnis wäre die Schaffung vieler gesunder Klein- und Mittelwohnungen, die vermietbar wären und der dringlichsten Nachfrage erfüllen könnten. Sobald die Wohnungen vermietet sind, erfüllen sie volkswirtschaftlich ihre Aufgabe, während sie jetzt in vollstem Sinne des Wortes unproduktiv wirken. Voraussetzung wäre, daß die Baupolizeibehörden nicht unüberwindlich diese Bewegung erschweren. Auch diese Art sofort zu beginnender Bauarbeit brächte Arbeitsgelegenheit für mindestens alle Groß- und Mittelstädte in einem gar nicht zu unterschätzendem Maße.

Siedlungsbauen.

Auch das Siedlungsbauen gehört zu den Arbeiten, die sofort in Angriff genommen werden können, denn die Mittel dazu stehen bereit. Man kann uns entgegenhalten, daß dies bereits geschehe. Jeder trifft das nicht zu, insbesondere bringt die Art wie es jetzt geschieht dem Baugewerbe nicht die erhoffte Arbeit. Betrachtet man das Siedlungsbauen von dem Standpunkt der Arbeitsbeschaffung — und als Bauarbeiter müssen wir das tun — so kann man gliedern in: Vorstädtliche Kleiniedung (Stadtrandiedlung), Ländliche Siedlung und Private Siedlung.

a) **Vorstädtliche Kleiniedung.** Die vorstädtliche Kleiniedung wird gefördert und finanziert durch die Reichsregierung. Von dem Aufkommen der Hauszinssteuer wird hier ein geringer Betrag abgezweigt und zur Finanzierung der Siedlungsvorhaben verwendet. Wir haben nichts dagegen, wenn die Reichsregierung langfristig Erwerbslose aus schlechten Großstadtwohnungen herausnehmen und ihnen vor den Toren der Stadt eine neue Wohnstätte mit einem größeren Stück Land übergeben will. Wir wollen in diesem Zusammenhang auch nicht darüber streiten, ob die



Sürge der deutschen Bauindustrie.
(Verlankende Baustellen.)



Landstraße

(Nicht in Sibirien - in Deutschland)

Größe und die Beschaffenheit der geplanten Wohnstätten ausreicht; unsere Meinung darüber haben wir wiederholt gesagt. Als Bauarbeiter sind wir jedoch berechtigt und verpflichtet zu verlangen, daß bei dem Bau dieser Wohnstätten Bauarbeiter beschäftigt werden. Leider gehen die Pläne der Reichsregierung andere Wege. Die Reichsregierung und mit ihr der Reichskommissar für vorstädtische Kleinwohnung haben wiederholt geäußert, daß das Siedlungswerk mit Tariflohn nicht durchzuführen sei. In den Richtlinien des Reichskommissars wird für die Erstellung der Wohnbauten die Selbsthilfe, die Nachbarschaft und der freiwillige Arbeitsdienst empfohlen. Unser Bundesvorstand hat sich veranlaßt, in einem Schreiben an den Herrn Reichsarbeitsminister, das in Nr. 5 des „Grundstein“ bekanntgegeben worden ist, gegen diese Maßnahmen zu protestieren und die Einschaltung des Baugewerbes für diese Arbeiten zu fordern. In einer Befragung im Reichsarbeitsministerium hat dann der Bundesvorstand seine Meinung in dieser Frage noch einmal vorgetragen. Es ist zu hoffen, daß die Regierung das Unzweckmäßige ihrer Handlungsweise einsehen und die Einschaltung des freien Baugewerbes bei den Siedlungsarbeiten zuläßt. Grundtätig war man im Reichsarbeitsministerium nicht gegen die Einschaltung des Baugewerbes, man verlangt aber, daß die Arbeiten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel ausgeführt werden. Leider die Einzelheiten und das Ergebnis der Aktion wird demnächst Näheres zu berichten sein.

Die Reichsregierung wendet monatlich 3 Millionen Mark für die vorstädtische Kleinwohnung auf, das sind jährlich 36 Millionen Mark, mit denen rund 30 000 bis 32 000 Siedlerstellen errichtet werden können. Baut man die Häuser in Erstaufbauweise, so ist ihre Lebensdauer sehr kurz. Wenn man dagegen die Massivbauweise wählt, so haben die Häuser die denkbar größte Lebensdauer und man schafft gleichzeitig Arbeitsgelegenheit für die Bauarbeiter. In einem solchen Siedlungshaus stecken trotz seiner Zweckhaftigkeit ungefähr 44 Tagewerke für Maurer, Putzer und deren Hilfsarbeiter, 12 Tagewerke für Dachdecker bei Massivdächern einfacher Ausführung und 6 Tagewerke für Lötler bei Anbringung von nur 2 Feuerstellen. Das sind zusammen immerhin 62 Tagewerke. Bei 30 000 Siedlungshäusern ergeben sich 1 800 000 Tagewerke = 320 000 Arbeitsmonaten oder rund 80 000 Monate. Rechnet man eine Bauzeit für alle Siedlungen von sechs Monaten, so könnten auf diese Weise rund

13 300 Bauarbeiter ein halbes Jahr beschäftigt werden.

b) Landwirtschaftliche Siedlung. Das ländliche Siedlungsweesen kann Arbeitsgelegenheit insbesondere für die dünn besiedelten Gebiete Deutschlands bringen, denn nur dort ist es möglich, die notwendigen Landflächen bereitstellen zu können. Auch hier hängt alles davon ab, ob man in der Hauptsache die Ziegelsiedlung, das heißt, die Siedlung nach dem Vorbild der Stadtsiedlungen, zumal schon die Wirtschaftsgewinne größer sein müssen. Ob aber bei der allgemeinen Finanzlage des Reiches die Mittel in derselben Höhe werden können wie im Vorjahre, scheint sehr fraglich. Ein Ausweg wäre vorhanden, wenn man in weitestgehendem Maße die Form der Aufsteigsiedlung wählen würde. In solchen Fällen wären die zu errichtenden Wohn- und Wirtschaftsgewinne in derselben Form und Stärke zu bauen wie bei der ordentlichen landwirtschaftlichen Siedlung, jedoch würde vorerst weniger Land zur Verfügung gestellt, wodurch die vorhandenen Mittel gestreckt würden. Eine Berechnung der Arbeitsgelegenheit läßt sich, da die Anzahl der vorhandenen Arbeitsstellen verschieden ist, nicht vornehmen. Man geht jedoch nicht fehl, wenn man annimmt, daß auch auf diesem Siedlungsgebiet bei sechsmonatiger Bauzeit

10 000 Bauarbeiter Arbeit finden würden.

c) Die private Siedlung. Daß die private Siedlung für die Bauarbeiter Arbeitsgelegenheit bringen kann und auch bringen wird, steht fest. In welchem Ausmaß es aber eintreffen wird, kann auch nicht annähernd gesagt werden, da die Entwicklung von einer Reihe Faktoren abhängig ist, die zu ändern von dem mehr oder minder guten Willen der Reichsregierung, der Baupolitikbehörden und den öffentlichen Kassen abhängt. Unter der privaten Siedlung versteht man alle Hausbauten in Klein- und Mittelstädten sowie an den Rändern der Großstädte. Meist sind es Ein- bis Zweifamilienhäuser, daneben auch die sogenannten Wochenendhäuser. Die angemessenen Baukosten sind hier recht zahlreich. Die Kreditkrisis bei dem Mittelstand, ein Rückschlag in die Stadtwirtschaft. In weitaus starkem Maße sind damals baureife Grundstücke erworben worden. Die gestiegenen Baukosten veranlassen nunmehr manchen Be-

sitzer eines solchen Grundstückes zum Bauen. Der allgemeine Rückgang des Einkommens zwingt wiederum viele Grundstücksbesitzer, entweder die oft feurere Stadtwohnung aufzugeben und in der Vorstadt zu bauen, oder aber die erworbenen Grundstücke wieder abzugeben, was jetzt nur mit Verlust möglich wäre. Zahlreiche Grundstücksbesitzer entschlossen sich in dieser Lage zum Bauen, so daß auch von dieser Seite eine nicht zu unterschätzende Arbeitsgelegenheit erwartet werden könnte.

Damit aber diese Art der Bautätigkeit sich entfalten kann, müssen noch eine Anzahl Hemmnisse beseitigt werden. Dazu gehört, daß die Reichsregierung diese zu besiedelnden Flächen als Siedlungsflächen anerkennt und dafür alle nur erdenklichen städtebaulichen Einrichtungen schafft. Es ist ein großer Unfug, wenn man den Erwerbshäusern eine Siedlerstelle schaffen will, die für Haus und Land den Betrag von 3000 M unter keinen Umständen überschreiten darf, dem privaten Siedler aber Anliegerkosten auferlegt, die bei 20 Meter Straßenbreite des Grundstückes oftmals nahe an 3000 M herankommen. Daneben gilt es noch eine Fülle anderer Fragen zu bereinigen, die hier zu erörtern zu weit führen würde, deren Erledigung aber dringend ist. Es darf erwartet werden, daß der Reichstag bei der Verabschiedung des Reichsstädtebaugesetzes ganze Arbeit macht. Die Baupolitikbehörden endlich müßten ihre alten Vorschriften der Schwere der Zeit entsprechend laxer handhaben. Ortsstatute einzelner Gemeinden, die von jedem Bauauftrag als Schikane empfunden werden und ihn, sobald er den Inhalt kennt, zum Bauuntätigen machen, müssen verschwinden. Zuletzt sei noch daran erinnert, daß die Reichsregierung für die Bereitstellung von kleineren Hypotheken durch die Sparkassen zu sorgen hätte. Auf welche Art sie diese bewerkstelligen, mag ihr überlassen bleiben. Man darf nicht vergessen, daß eine große Zahl solcher privaten Siedler den Grund und Boden bereits erworben hat, daß in sehr vielen Fällen sogar ein — wenn auch geringer — Teil des Baugesetzes vorhanden ist. Die Voraussetzung einer gesunden Siedlung, die Einrichtung eines Gartens, der zusätzliches Einkommen zu bringen imstande ist, haben diese Siedler fast ausschließlich bereits erfüllt. Mit der Bereitstellung von kleineren Hypotheken würde ein weit größerer Betrag an Kapital in Umlauf gebracht werden. Befähigt die Regierung die Hemmnisse, was von ihr keine Mittel erfordert und nutzbringender wirkt, so könnte auch bei dieser Siedlungsart eine große Zahl von Bauarbeitern unterkommen.

Welche Arbeiten lassen sich in der nahen Zukunft beschaffen?

Die Verantwortung dieser Frage kann nach den verschiedenen Seiten gesehen. Man braucht nur zu erinnern an den Bau von Bahnen, Landstraßen, Kanalbauten, Hochwasserdeich und Aufzugregulierungen, Meliorationen, Fortführung von Hochbauten der öffentlichen Hand, für die heute die Mittel gesperrt sind. Damit aber kommt man der Sache noch nicht näher. In allen Fällen wird am Schluß



Massiv-Siedlungshaus.

(Zwar sehr klein, doch als Gartenbauten immerhin Arbeit bietend.)

die Frage stehen: Wie sollen diese Arbeiten finanziert werden? Ist erst diese Frage gelöst, so wird über das, was gebaut werden soll, kaum noch Streit bestehen. Obedern wir deshalb ein Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand und Arbeitsbeschaffung durch private Initiative. Die

Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand ist Sache des Reiches. Ob das Reich die Durchführung den Ländern oder sonstigen Stellen überläßt, nicht, wenn die Durchführung nicht darunter leidet, ohne besondere Bedeutung. Es gibt nichts, was die Regierung von dieser Pflicht befreien könnte. Eine Regierung, die innerhalb eines Jahres einem Gewerbe von der Größe und Bedeutung des Baugewerbes alle, aber auch alle Mittel entzieht, diesem Gewerbe geradezu den Lebensnerv abschneidet, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, nunmehr zu sagen, was werden soll. Der Fall, daß man einem Gewerbe, dem man auch noch die stolze Bezeichnung „Schlüsselgewerbe“ gegeben hat, alle Mittel entzieht, die, falls sie weiser gesteuert wären, etwa 5 Milliarden Jahresumsatz brächten, steht wohl als Regierungsmaßnahme einzigartig da. Die Regierung verwendet dieses Geld für den allgemeinen Finanzbedarf; für diese außergewöhnliche Maßnahme sind ihr nun auch die außergewöhnlichen Sorgen zu übertragen, um den Schaden zu beheben.

Unser Bund hat die gangbaren Wege gezeigt. In seiner Denkschrift „Förderung der Fortsetzung der Wohnungswirtschaft“, die Ende vergangenen Jahres allen amtlichen Stellen zugestellt worden ist, wurde ein getreues Spiegelbild über die Entwicklung und die tatsächliche Lage der Bauwirtschaft gegeben. Anzwischen hat sich die Lage noch mehr verschlimmert. Unsere Forderungen sind der Regierung bekannt. Wie die Regierung die Sache meistern will, bleibt ihr überlassen; weiß sie besser als die von uns



Eine Hauptachse in Deutschland.

(Die hellen Flecke sind Betonspuren, sondern Schlagschwerer.)

gezeigten Wege, so mag sie sie gehen. Eins aber dürfen wir noch grundsätzlich herausstellen: Soll das Baugewerbe endlich zu einer ruhigen Entwicklung und dadurch zu einer planmäßigen Entfaltung kommen, so schaffe die Reichsregierung endlich ein mindestens auf mehrere Jahre hinaus berechnetes

Baugewerbe.

Die Unsicherheit wirkt lähmend. Unermessliche Werte, die im Baugewerbe investiert wurden in der Hoffnung auf eine Aufwärtsentwicklung, liegen brach und sind der Zerstörung preisgegeben. Gerade ein verarmtes Land sollte sich solchen Luxus nicht leisten!

Arbeitsbeschaffung durch private Initiative.

Auch sie ist sehr wohl möglich. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen wäre die Erfüllung der oben gestellten Forderung: die Schaffung eines Bauprogramms. Warum sollten dem Baugewerbe, sobald eine klare Linie der Entwicklung gegeben ist, keine Mittel zufließen? In der Regierung allzu langer Zeit dürfte, vorausgesetzt, daß die Regierung den Weg frei macht, hier eine andere Sache zu bereinigen. Bis dahin gilt es eine andere Sache zu bereinigen. Die viel schneller Erfolg verspricht, und das ist die reflexive Klärung des Bauparkassenwesens. In der Vorkriegszeit haben die öffentlichen Kassen den Wohnungsbau finanziert. Die Summen, die heute den Sparkassen zufließen, sind wesentlich geringer; sie müssen geringer sein, weil fast ein Drittel aller Werkstätten ohne Einkommen ist, der Rest aber durch die Schwere der Zeit kaum sparen kann. Jedoch selbst die Beträge, die noch den Sparkassen zufließen, sind nur zum allergeringsten Teil langfristig hin- gegeben, dazu fehlt bei dem Sparrer leider das Vertrauen. Kurzfristige Gelder aber dürfen die Kassen nicht in Bauten festlegen. Blieben also die geringen langfristigen Gelder übrig. Die kommunalen Langverträge haben aber schon 1920 beschlossen, die Hälfte des Sparkassenvermögens für die Ummantelung langfristiger Kommunalkredite in langfristige Schulden in Anspruch zu nehmen, so daß der pärtliche Rest langfristiger, für den Wohnungsbau verwendbarer Gelder noch um die Hälfte vermindert wird. Was bleibt da für die Belegung der Bauwirtschaft zu hoffen?

Anders steht es mit dem Zwecksparen in den Bauparkassen. Jede Mark, die dort eingezahlt ist, gibt in der Vorausbestimmung, im Wohnungsbau Verwendung zu finden. Notwendig wäre hier allerdings, das durch die Bauparkassenhandels erzeugte Vertrauen zu beseitigen. Die seit dem 1. Oktober 1931 verhängte Unterstellung aller Bauparkassen unter Reichsaufsicht hat das vorhandene Vertrauen leider nicht restlos beseitigt. Es fehlt an einer klar gehaltenen öffentlichen Erklärung der Reichsregierung, die bezeugt, daß das den Bauparkassen gegebene Geld sicher angelegt ist. Schafft man diese Voraussetzung, so wird mit sofortiger Wirkung Garagel für den Wohnungsbau zusammenkommen. Auch dieses Mittel, dessen Auswirkung wohlwiegend sein könnte, kostet der Reichsregierung kein Geld, sondern nur guten Willen!

Klarheit tut not!

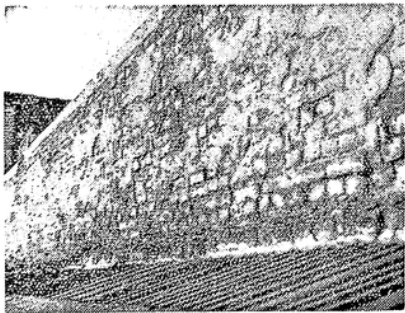
Wir wollen diese Klarheit schaffen helfen, soweit wir können! Beginnen wir bei uns selbst! Jede Möglichkeit, einen arbeitslosen Kollegen in Arbeit zu bringen, muß erschöpft werden, auch dann, wenn es sich dabei um Opfer der noch in Arbeit stehenden handelt. Der Bund hat für unsere Gesamtmitgliedschaft eine Verhängung der Arbeitslosigkeit erlassen und die entsprechende Wiederherstellung arbeitsloser Kollegen verlangt. Die Bauwirtschaften bereits im vergangenen Jahre praktische Beispiele dieser wahren Solidarität gegeben, obwohl auch sie unter der Krise sehr schwer zu leiden haben. Aber auch die Akkordarbeit nimmt Arbeitsgelegenheit fort. Ohne hier auf das Für und Wider der Akkordarbeit einzugehen, sei festgestellt, daß die Akkordarbeit in einigen Teilen Deutschlands Formen angenommen hatte, die nicht mehr zu billigen sind. Wenn das Arbeitstempo und die Arbeitsleistung bereits dezent gestiegen sind, wenn man, daß ein Akkordmurer soviel leistete als zwei Maurer in Stundenlohn, diese Feststellung trifft leider vielerorts zu —, so heißt das, daß an Stelle eines Akkordarbeiters zu drei Stunden lohnarbeiter beschäftigt werden können. Wahre Solidarität erfordert, daß in diesen Zeiten grenzenloser Not mir auch diese Art Arbeitsbeschaffung durchzuführen, die Akkordarbeit also einstellen!

Klarheit aber auch bei den führenden Köpfen der Bauwirtschaft! Die deutsche Architektenschaft hat in der Nachkriegszeit nicht die Bahn beschritten, die sie auf Grund ihrer Stellung in der Bauwirtschaft hätte beschreiten müssen; daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sie sich selbst nahezu brotlos gemacht hat. Erinnern wir uns doch noch einmal der Vorgehensweisen. In der unmittelbaren nach dem Kriege folgenden Zeit bauten wir Baracken als Notwohnungen. Wann wiesen uns die Archi-

fechten den Weg. Sie schufen eine neue Wohnkultur, schnitten uns unsere Behauung zu und sagten uns: so habt ihr zu bauen. Das Verdienst dieser Bewegung, die darauf abzielte, auch dem Verarmten der Armen eine Wohnung zu geben, die Sonne, Luft und Licht bringt, soll nicht geschmälert werden. Ist aber damit die Aufgabe führender Architekten erschöpft? Ist der Architekt nicht verpflichtet, die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit zu betrachten? In dem Oran nach immer höherer Aufwärtsentwicklung wurde das Ziel überschritten. Was nützt es uns heute, wenn tausende Wohnungen leer stehen und wir die Miete nicht erschwingen können! Es nützt auch nichts, wenn einer der prominentesten Architekten uns sagt: „Wir haben am Bedarf vorbei gebaut.“ Eine Entdeckung, die jeder schon lange kannte, ehe sie aus so berühmtem Munde kam. Und was empfehlen uns die Leute von gestern für die Zukunft? Das Ergebnis des Wettbewerbes, den die Stadt Berlin zur Lösung geeigneter Pläne für die Stadterweiterung ausgeschrieben hatte, gibt eine Kostprobe davon. Von der Wohnung mit allem Komfort hinunter zum Fleißhand ohnegleichen! Die an sich gute Idee des „Wachsenden Hauses“ wird verzerrt. Von der Bauform abgesehen, empfiehlt man uns als Baustoffe alle möglichen und unmöglichen Dinge, nur keinen Ziegelfeststein mehr. Von einem Extrem ins andere! So könnte man diesen Weg nennen. Zur Rationalisierung, Apparierung und Normalisierung soll nun auch noch die Industrialisierung des Wohnungsbaues kommen. Die Pläne des früheren Stadtbaurates May werden wieder lebendig. Stadtbaurat May, der heute in Rußland tätig ist, hat mit seinen Plattenhäusern in Frankfurt a. M. eine Kostprobe seines Könnens gegeben, die heute noch den Bauarbeitern in den Knochen steckt. Werden diese Pläne Wirklichkeit — und sie sollen auf der Berliner Ausstellung „Sonne, Luft und Haus für alle“ im breitetsten Rahmen der Öffentlichkeit gezeigt werden —, dann, o Maurer, lasse dich befragen! Wir haben aber die bestimmte und auch begründete Hoffnung, daß die Auffassung über Wohnen und Wohnkultur bei den Bauleitern anders geartet ist als bei einem Teil dieser Architekten. Die Spuren der letzten Jahre sprechen. Wer bauen will, wird nicht mehr so schnell auf die Leimrute ihrer Kriterien, die für das Baugeschehen der letzten Jahre mitverantwortlich sind. Wir aber werden überall dort, wo unser Einfluß geltend gemacht werden kann, sei es im Freundes- oder Bekanntenkreise oder in den Parlamenten, dafür eintreten, daß Häuser errichtet werden, die dem Bauherrn eine gesunde, dauerhafte Wohnung, uns Bauarbeitern aber auch Arbeit und Brot bringen!

Den Wunderdoktoren ins Stammbuch!

In der Tages- und Fachpresse aller Schattierungen fanden eine Reihe von Plänen auf, die darlegen, daß es doch verblüffend einfach sei, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, man brauche nur zu wollen. Es folgen dann Vorschläge, die sich bei näherem Zusehen als utopisch erweisen. Wir schließen hierbei einige ernstzunehmende Pläne aus, die getragen sind von hohem Verantwortungsbewußtsein und Durchdringung von Helferwillen. Andere aber machen es sich sehr leicht und sagen im Grunde genommen nichts anderes als: „Es muß a b e r s werden.“ Daß es anders werden muß, und zwar recht bald, daran zweifelt niemand mehr. Es muß aber nicht nur a b e r s, es soll auch b e s s e r werden. Den falschen Propheten sei gesagt, daß



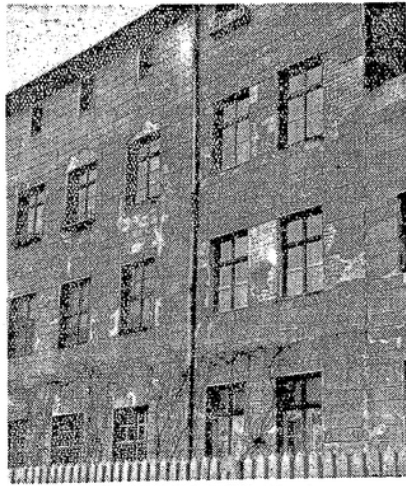
Berliner Hauswand.
(Zielang reparaturbedürftig)

die Arbeiterschaft sich keiner Wunderkur unterwerfen will. Was im Rahmen der gegebenen Verhältnisse unmittelbar möglich ist, haben wir, soweit das Baugewerbe in Betracht kommt, an gezeigt. Was die verantwortlichen Stellen im Staat tun müssen, um zu einer Besserung auf lange Sicht zu kommen, ist eben falls dargelegt. Eine Wendung aber, die der vollständigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit dient, erhoffen wir einzig und allein von einer höheren Wirtschaftsform, vom Sozialismus!

Sozialdemokratische Gesetzeswürfe über Förderung des Kleinwohnungsbaues.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nach eingehenden Beratungen im Reichstag zwei Gesetzeswürfe eingebracht, die bezwecken, die Arbeitsbeschaffung endlich in Gang zu bringen. In Erkenntnis der Tatsache, daß eine Arbeitsbeschaffung gegen oder auch nur ohne den Baumarkeit ein Ding der Unmöglichkeit ist, sind beide Gesetze auf bevorzugte Behandlung der Bauarbeiterschaft abgestellt. Wenn dies gleichwohl in den offiziellen Titeln der Gesetze nicht mit aller Schärfe zum Ausdruck kommt, so ist dafür die Überlegung maßgebend, daß sich die Regierung schwer bereit finden würde, ihre nunmehr einhalb Jahre lang betriebene Politik der Baurotstellung in einer Form aufzugeben, die das Eingeständnis umschließt, diese Politik sei verfehlt gewesen.

Der eine Gesetzesentwurf will die jüngsten Veränderungen in der Hauszinssteuer rückgängig machen und die Hauszinssteuer selbst auf eine völlig neue Grundlage stellen. Wie notwendig dies ist, mag man daraus erkennen, daß das ganze Geschrei der Hausbesitzer über die Hauszinssteuer niemals zu so großen Erfolgen hätte führen können, wenn die Haus-



Großstädtliches Mietshaus.
(Die Bewohner dürfen Miete zahlen, aber gemacht wird nichts!)

zinssteuer von Anfang an in der Form erhoben worden wäre, die sie mit Rücksicht auf ihre Entstehung hätte haben müssen. Die Hauszinssteuer ist nämlich überhaupt keine Steuer auf den Hausbesitz, sondern auf die Gewinne, die der Hausbesitz aus der Entwertung seiner Hypothekenschulden gezogen hat. Die Bezeichnung Hauszinssteuer wird deshalb ganz zu Unrecht gewählt, ist übrigens auch niemals offizielle Bezeichnung gewesen; die offizielle Bezeichnung war stets **G e l d e n w e r t u n g s a u s g l e i c h** und neuere Gesetzeswürfe haben die Bezeichnung **G e b ä u d e n t s c h u l d u n g s s t e u e r** vor.

In die Tatsache anschließend, daß der Hausbesitz durch die Inflation von seinen hypothekarischen Lasten befreit ist, liegt der Gesetzesentwurf der SPD. vor, daß der Wertentwertungsgewinn in v o l l e r H ö h e e r l e u e r t wird. Damit werden erhebliche Mängel beseitigt, die der bisherigen Regelung anhaften. Denn die bisherige Regelung ist innerhalb der reichsrechtlichen Rahmenbestimmungen den Landesregierungen überlassen, und die Landesregierungen haben den Wertentwertungsgewinn sehr unterschiedlich besteuert. Wenn nunmehr vorgeschlagen wird, jedes Grundstück in dem Maße zu besteuern, als es aus der Inflation gewonnen hat, wird ein einheitliches Prinzip eingeführt, das dem Rechtsempfinden aller entspricht.

Gegenstand der Besteuerung soll nicht der Kapitalwert der früheren Hypothek sein, sondern es sollen die Ersparnisse an Zinsen sein, die für die Hypothek früher zu zahlen waren. Diese werden mit 5 % der Schuldsomme angenommen, ein Satz, der als Durchschnitt für die Verzinsung erster und nachfolgender Hypotheken gedacht ist. Natürlich sind von der früheren Hypothekenschuld die Beträge abzuziehen, die bereits von der Aufwertungs-gesetzgebung erfaßt sind. Entsprechend der ganzen Konstruktion des Geldentwertungs ist die Summe, die zum Ausgleich des früheren Zinsendienstes zu zahlen ist, nicht als Steuer bezeichnet, sondern als **R e n t e n s c h u l d**. Die Rentenschuld soll nach 20 Jahren eintreten, bis dahin aber mit einem noch näher zu bestimmenden Vorfaktor absetzbar sein. Für die Zeit bis zum 31. März 1935 ist das Sechsfache vorgezogen. Die Bezeichnung als Rentenschuld ist mit guten Gründen gewählt worden; sie soll anschaulich machen, daß es sich nicht um eine die Kreditwürdigkeit des Hausbesitzes untergrabende Steuer handelt, sondern um eine Wiederherstellung früherer privatrechtlicher Schulden unter Übertragung auf die öffentliche Hand. Mit dieser Konstruktion wird dem Hausbesitz der wichtigste Einwand, den er gegen die bisherige Hauszinssteuer herangezogen hat, entzogen.

Weitere Paragrafen regeln die Freistellung von Kleinhausbesitzern, Arbeitslosen und Bedrängten und den Erlass der Rentenschuld bei Verfehlen von Räumern.

Für den Wohnungsbau besonders wichtig sind die Bestimmungen, die die Verwendung der einkommenden Beträge betreffen. Dabei ist unterschieden zwischen dem Aufkommen aus der Rentenschuld und dem Aufkommen aus der Aufwertung. Das laufende Aufkommen aus der Rentenschuld soll vorzugsweise (800 Millionen Mark) dem allgemeinen Finanzbedarf der Länder und Gemeinden vorbehalten sein, weitere 200 Millionen Mark sollen zur Abdeckung bestimmter Verpflichtungen dienen, die die Gemeinden bisher zu Gunsten des Wohnungsbaus eingegangen sind. Sodann sind die Beträge abzumengen, die zum Ausgleich der Mietzuschüsse an bedürftige und arbeitslose Mieter nötig sind. Erst an vierter Stelle soll schließlich der Wohnungsbau bedacht werden. Welche Beträge der Wohnungsbau erhalten wird, wird im wesentlichen davon abhängen, wie groß das Aufkommen selbst und welche Beträge für sozial bedingte Zuschüsse benötigt werden. Im besten Fall könnten dem Wohnungsbau danach 800 Millionen Mark zur Verfügung stehen, aber in Wirklichkeit werden keine 100 Millionen Mark herauskommen. Dieser Verteilungsschlüssel soll aber nur für das Rechnungsjahr 1932 Geltung haben. Für die kommenden Jahre soll ein neuer Schlüssel aufgestellt werden, der für den Wohnungsbau noch günstiger zu

Die beste Staatsform.

Die Kollisionsen, die aus den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervorgehen, sie müssen durchkämpft, sie können nicht wegdramatisiert werden. Die beste Staatsform ist die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gelöst werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen. Karl Marx.

werden verspricht, weil für den Finanzbedarf der Länder und Gemeinden kaum noch 800 Millionen an Zuschüssen benötigt werden, sobald die Arbeitslosigkeit zurückgeht.

Während der Wohnungsbau aus dem laufenden Aufkommen an letzter Stelle bedacht werden soll, nimmt er bei der Verteilung der Mittel, die aus Ablösungen der Rentenschuld eingeht, den ersten Platz ein. Aus diesen Mitteln soll ihm vorweg ein volles Drittel referiert werden. Leber die Höhe der so einkommenden Beträge etwas auszulagern, hat wenig Sinn, da völlig ungenügend ist, in welchem Umfang vom **A b l ö s u n g s r e c h t** Gebrauch gemacht werden könnte.

Die Zuwendungen aus der Hauszinssteuer sind aber nicht die einzigen Mittel, die dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden sollen. Ein zweites Gesetz über **A r b e i t s b e s c h a f f u n g** und **F ö r d e r u n g** des **K l e i n w o h n u n g s b a u**s hat weiter vor, daß dem Wohnungsbau die Erträge der Reichslohsteuer zugeführt und aus dem Ertrag einer Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung zwei Drittel referiert werden. Diese Anteile soll möglicherweise sogar in die Form einer Zwangsanleihe gekleidet werden.

Sämtliche Mittel sind vorzugsweise zur Ausleitung an zweiter Stelle gedacht, sollen jedoch auch an erster Stelle begehren werden dürfen, wenn nachweislich keine Möglichkeit besteht, erste Hypotheken zu borgen. Damit soll verhindert werden, daß Gelder liegen bleiben, wenn es an ersten Hypotheken fehlt. Für die Beschaffung erster Hypotheken sind außerdem besondere Bestimmungen vorgesehen.

Die **A n g e s t e l l t e n v e r s i c h e r u n g** soll verpflichtend werden, im Rechnungsjahr 1932 zwei Drittel ihres Einnahmeverhältnisses gemeinnützigen Wohnungsbauvereinigungen als Hypotheken für Neubauwohnungen zuzuführen. Das **R e i c h s a u f s i c h t s a m t f ü r P r i v a t v e r s i c h e r u n g** soll verpflichtet sein, den Lebensversicherungen vorzuschreiben, mindestens die Hälfte ihres neuen Zugangs an Versicherungsprämien nach Abzug der Policeabgaben als erste Hypothek für Wohnungsbauhypotheken auszuweisen. Außerdem sind sämtlichen anderen Instituten, die erste Hypotheken geben, d. h. den Realkreditinstituten, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und Trägern der Sozialversicherung, unterstellt, die Befähigung beliebiger Grundstücke zu erheben, mit Ausnahme von Hypotheken, die zur Ablösung der Rentenschuld aufgenommen werden. Mit dieser Bestimmung soll erreicht werden, daß die diesen Instituten zufließenden Mittel automatisch im Wohnungsbau Verwendung finden. Bei Annahme des Gesetzes wäre dies in der Tat ganz zwangsläufig der Fall, denn neben dem Mietsausbeß und dem Wohnungsbau kommt als Kreditnehmer nur die Landwirtschaft in Frage, und deren Kreditbedarf ist mehr als gefällig.

Damit die Baufähigkeit aber auch alsbald in Gang kommen kann, ist vorgesehen, daß das Reich — wie schon einmal im Jahre 1926 — 250 Millionen Mark als Zwischenkredit zur Verfügung stellt. Ein solcher Zwischenkredit ist aber nur bei der ungünstigen Lage der Kapitalmärkte überhaupt nicht abzuleihen ist, wenn die Kreditinstitute wieder Mittel für Hypotheken zur Verfügung stellen können. Wenn es daher an Zwischenkrediten fehlt, würden die wohlmeinendsten Gesetze über die Beschaffung erffeltiger und



Wohnhaus in Mitteldeutschland.
(Beste auf dem Lande wie in der Stadt.)

nachsteffter Hypotheken gerade in der Gegenwart, für die das Gesetz vorzugsweise Arbeit schaffen will, praktisch wirkungslos sein.

Der Entwurf benutzt auch die Gelegenheit, noch einmal auf die alten Bestimmungen des Reichsmietengesetzes von 1922 hinzuweisen, in denen ausgesprochen ist, daß bestimmte Bruchteile der Miete für Reparaturen zu verwenden sind. Die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes sind so scharf, daß die Fraktion darauf verzichten konnte, sie noch schärfer zu fassen. Es genüge, Ergänzungen dort anzubringen, wo das Reichsmietengesetz **d e r f a g t** hat. Im Reichsmietengesetz war vorgesehen, daß die Mieter über die Verwendung der in der Miete enthaltenen Reparaturanteile zu achten hätten. Aber diese wohlmeinende Bestimmung hat verfaßt, und aus diesem Grunde sieht der Gesetzesentwurf vor, daß die oberen Landesbehörden die unteren Verwaltungsbehörden anzuweisen haben, daß die den Hausbesitzern in Mieten gewährten Beträge für Instandsetzungsarbeiten tatsächlich für Reparaturen verwendet werden.

Wenn die Gesetzeswürfe die Billigung des Reichstags finden, werden sie die Lage am baugewerblichen Arbeitsmarkt ganz entscheidend beeinflussen. Allein aus dem **R e p a r a t u r w a n g** würden etwa 1,25 Milliarden Mark zur Verfügung stehen, und die Beträge, die für den Wohnungsbau bereitgestellt werden, würden mindestens nochmals eine Milliarde ergeben. Damit würde die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt des ganzen Jahres 1932 vermutlich auf weniger als 50 % heruntersinken werden können. Selbstverständlich wäre auch dieses Ergebnis noch **b i f f i g** genug, aber an den gegenwärtigen Verhältnissen und den Ausschüssen gemeinsam, vor denen der Baumarkeit steht, müßte es doch als großer Erfolg betrachtet werden. Deshalb wünschen wir den sozialdemokratischen Gesetzeswürfen vollen Erfolg!



Unterhaltung und Wissen



Hilfer, der „Kriegsheld“.

Ueber den Gendarmeriekommissar von Hildburghausen kommen Adolf Hilfer und seine Bewegung nicht mehr hinweg. Man hat jetzt, wie einst über den Schuster Voigt, auch über Hilfer lachen gelernt, und dieses Gelächter wird unterm Volke unauslöschlich ins Bewußtsein heben, wie nahe wir daran gewesen sind, einem politischen Hochstapler aufzujagen.

Jawohl, einem politischen Hochstapler!
Denn wer ist dieser Adolf Hilfer? Es muß darüber geredet werden, weil man in der Reichspresse so tut, als ob Hilfer durch seinen freiwilligen Eintritt in das deutsche Heer staatenlos geworden sei.

Hilfer stammt aus Oberösterreich. Wie in Deutschland, so war auch im alten Österreich jeder männliche Staatsbürger vom 20. Lebensjahr an militärfähig und mußte sich alljährlich zur militärischen Musterung der Rekruten stellen. Ebenso war er verpflichtet, dem militärischen Bezirkskommando jede Veränderung seiner Wohnung und seines Aufenthaltsortes zu melden. Wer ohne solche Meldung ins Ausland ging, galt als „unsiherer Heerespflichtiger“, der bei der Rückkehr in sein Vaterland damit rechnen mußte, sofort verhaftet und in den bunten Rook gefesselt zu werden. Hilfer ist als Meldungsanwärter nach Bapern übersiedelt und hat sich fassungslos der Militärdienstpflicht in Österreich entzogen. Als der Krieg ausbrach, lief er Gefahr, zwangsweise von Bapern an Österreich ausgeliefert zu werden. Um diesem Schicksal mit allen seinen Folgen zu entgehen, hat sich dann Hilfer in Bapern „freiwillig“ gemeldet.

Der Wehrgedanke hat in der nationalsozialistischen Bewegung eine besonders hervorgehobene Bedeutung. Am Anfang der politischen Karriere ihres Führers aber steht die Entziehung von der Militärdienstpflicht. Hier klappt ein so starker Ozeanfaß auf, daß man wirklich allen Grund hat, von der „freiwilligen“ Meldung Hilfers nicht allzuviel Aufhebens zu machen.

Aber Hilfer war doch ein tapferer Frontsoldat und hat sich damit ein Recht auf Einbürgerung erworben, sagt man. Ja, er war Soldat wie Millionen andere. Niemand aber weiß eine besondere Heldentat von ihm zu melden, die auch nur das geringste Recht dazu geben könnte, den Frontsoldaten Hilfer so zu glorifizieren, wie es heute von nationalsozialistischer Seite verlobt wird. Hilfer war Meldegänger beim Regimentsstab des bayerischen Reserve-Infanterieregiments 18. Meldegänger bei der Romanie—ja, das war etwas. Die hatten im dicken Schlamassel besondere Qualitäten zu entwickeln. Meldegänger beim Bataillon ging auch noch an, aber Meldegänger beim Regimentsstab mit einem Quartier zwei bis drei Kilometer hinter der Front? Das galt beim wirklichen Frontschweine schon als Anfang der Cnappe.

Gut, Hilfer hat seine Pflicht getan. Aber nicht mehr und ebenso wie tausend andere. Sein Kompanieführer urteilte über ihn, wie Polizeioberst a. D. Schillingler erst kürzlich mitteilen konnte, folgendermaßen: „... Über irgendwelche großen Heldentat, freiwilligen Pionierleistungen, Enttarnung von Maschinengeheimnissen und Geschäftsfaltungen hat er nicht vollbracht. Im letzten Jahr, besonders in den letzten Monaten aber, ist er furchtbar „madig“ geworden, wie die Österreicher allesamt. Ein weicher Mensch, der den Zusammenbruch spürt, läßt eben den Kopf früher hängen als irgendein anderer. Wir haben ihm das nicht verdracht. Aber — ein Held? Ein Held — das war Adolf Hilfer nicht.“ Er hat aber doch das E. R. I. Nun, umsonst ist man nicht jahrelang beim Regimentsstab herum.

Nichts ist hier gegen den Soldaten Adolf Hilfer gesagt. Noch einmal: Er tat keine Pflicht und redt wie viele andere. Ueber diese andere aber schweigt man heute, selbst wenn sie mehr getan haben als Adolf Hilfer. Ist jemals viel darüber gesagt worden, wenn einmal ein Arbeiter wegen besonderer Tapferkeit vor den Feinden namentlich im Heeresbericht erwähnt worden ist?

In dem ihm eignen kitschigen Pathos hat Hilfer in seinem Buch „Mein Kampf“ an einer Stelle gesagt: „Denn der Vordereinstieg in das Pantheon der Geschichte ist nicht für Schlechte, sondern für Große!“ Er hat den Vordereinstieg der zur deutschen Staatsbürgerchaft führt, nicht gehen wollen. Alle krummen Wege aber rächen sich. Und so endete Adolf Hilfer nicht im „Pantheon der Geschichte“, sondern als verhandelter Gendarmeriekommissar von Hildburghausen...

Und so etwas möchte schließlich in Deutschland Reichspräsident werden! Da lachen selbst die Hühner. Aber dafür stehen die SA-Leute stamm. Wie mag es bloß in diesen Köpfen aussehen?

Gruß des Hauptmanns von Cöpenick an Hilfer, den Wachtmeister von Hildburghausen.

Gehn Sie, Herr Hilfer, mir haben damals doch schon die Papiere gefehlt. Gehn Sie, Herr Hilfer, da hab ich oder Mann mir hier oben geradezu himmlisch gefreut, daß ein großer Politikus wie Sie, von jenem armen Luder als wie ich, noch was gelernt haben. Darin scheint nämlich ins neue Deutschland genau so zu sein, wies ins alte war, ohne Papiere ist der Mensch kein Mensch und erst die Uniform macht aus dem Menschen einen richtigen Menschen. — Mir haben je damals den Paß genommen und Ihnen haben je den Paß nicht jegeben. Was ist eigentlich der ganze Unterschied zwischen uns beide. Und ohne die Papiere könnte ich keine Beschäftigung als Schuster kriegen und Sie keine als Präsident. Nur war ich ein bischen bescheidener und dachte: „Schuster bleibt bei deinen Leuten.“ Sie wollten aber partii nicht bei Ihrer Regiererei bleiben. Was kann ich Ihnen noch eigentlich jarmig wadenken, immer so eine Schablone neben die andere malen, ist ja ebenso langweilig, wie als Trommler immer die selbischen Töne zu schlagen. Aber

Karriere...

Faßt sich die „Dina“ Hilfer warm in Hildburghausen als Gendarm; Fried schob mit höchster Konjenz — Man erbt sowas in Pirmasenz.

Nun hilft Herr Klages ihm empor — Vielleicht wird er gar Professor. Es sträubt das Ministerium. Sieh noch! Empört fragt man: „Warum?“

Daß „Er“ zu allem fähig ist, Das steht doch fest! Als Spezialist kam „Er“ für den Fall in Betracht, Daß auch die Professur verkracht!

Nie war der „große“ Adolf faul, Wenn's aufzureisen galt das Talent; Es wäre schlimm, wenn dies Talent Nicht bald einmal Verwendung fänd!

Joh rat, daß man ins Erbsenfeld Adolf als Großlaufprediger stellt; Dann stünde zu der Spähen Schreck Und rechte Mann am rechten Fleck!

Mag Vollmann.

lieber Kollege Adolf, wenn Sie noch als Präsidenten höher ruf wollen wie ich — als Militär habe ich doch höher ruf gewollt als Sie. Ja hab gleich als Hauptmann angefangen und Sie wollten es beim Wachmeister von der Jendarmerte bemenden lassen. — Freilich hatte ich in Cöpenick noch nur zehn Mann zu befehligen, genau so viele wie Sie in Hildburghausen unter sich gehabt hätten. Aber da ist doch noch'n Unterschied: Ja hab mir nämlich selber die Uniform angezogen und bin selber hinjungen, um mir die Papiere zu holen. Sie aber haben det alles durch Frieden besorgen lassen. Aber sehn je Mädchenen, det Militäraucomang hat Ihnen und nicht geholfen. Sie sind ebenso vachfält jelegen bei det Ding, als wie ich. Die Papiere haben wir alle beide nicht jehriegt; nur bin ich dabei zu sitzen gekommen und Sie zu liegen. Ja lieber Adolf, nun sehn Sie man wieder uff... und trüsten Sie sich mit mir, ich hab es ja noch zu was jehacht; zum Heiter. Da alle Wertheim, was ne jügte aber jüdische Frau war, is ja nu doof, sonst hätte je Ihnen och noch ne Rente ausgefist, als wie mir. Aber fürs Panoptikum und für die Romodie sind Sie jo nun genau so reif als wie ich. Fragt sich nu man bloß, über wen je nu mehr lachen, über mir oder über Ihnen. Und nu, Herr Wachmeister, nu lassen Sie sich juf jehen, und wenn Sie mal wieder ne taktischen Rat brauchen, so fragen Sie nur nach dem Hauptmann von Cöpenick!

Revolutionäre Gebete.

In Deutschland tönt es: Freuet euch, das Sowjetreich ist nahe herbeigekommen! — Die RSD, hat die Macht! — Die Einheitsorganisation marschiert! — Sowjet-Rußland verschaff deutschen Arbeitern Aufträge! — Kapitalistische Verschwürungen gegen Sowjet-Rußland! — Die Rote Armee ist schlagbereit! — Der Fünfjahresplan in Sowjet-Rußland marschiert! — Legt den Verschwörern und Verrätern das Handwerk!

In Sowjet-Rußland tönt es: Die Weltrevolution ist nahe herbeigekommen! — Das revolutionäre Weltproletariat rüffel! — Große revolutionäre Streiks in Frankreich, England, Deutschland und Spanien! — Deutsche Arbeiter gehen barfuß in die Fabriken! — Das revolutionäre Weltproletariat mobilisiert! — In Deutschland werden Arbeitsämter gestürmt! — Bewaffnete Aufstände in Deutschland! — Revolutionäre Arbeiter entlassen in Deutschland und England! — Revolutionäre Arbeiter besetzen in Deutschland Fabriken! — Barrikaden in Berlin!

So klingt es in Deutschland und in Rußland. Und wer diese Gebete nicht glaubt, der ist ein Kapitalknecht, ein Idiot, ein erbärmlicher Wicht, ein niedriger Schuft und Verräter. Und aus beiden Ländern klingt es: Nieder mit den Verrätern! G. E.



Wir müssen den Sozialismus lieben!

Der Sozialismus ist die Welt des Morgen, in der man nicht, wie heute, nur errechnet und erdenkt, sondern auch fühlt. Es bleibt gar nicht aus, daß dieses andere und edlere des Menschen in dieser Welt des Profits erstarkt ist bei Abertausenden und daß unsere Zeit einseitig im Zeichen des Intellektes steht. Darum ein unbedingtes Suchen in den Massen der schlichten Menschen des Volkes. Und darum auch diese heilige Unzufriedenheit mit der Welt des Heute besonders in so großen Massen von Jugendlichen und Frauen. Das Beste in ihnen darbt.

Stellt ihnen den Sozialismus als die Welt des ganzen Menschen hin, in dem Geist und Seele sich binden! Laßt all die suchenden Menschen ahnen das große stiftliche Erlebnis dieser Idee! Wenn es schon „gewisse edle und große Wahrheiten gibt“, wie Jean Paul schrieb, „denen erst das große Herz den Eingang in den Kopf verschaffen kann und an die man niemals glauben wird, wenn nichts kann als denken“; wieder mehr gilt das von der einen großen und edlen Wahrheit, der Idee des Morgen, dem Sozialismus!

Sucht ihn in seiner ganzen Tiefe zu erleben, und dann erleben zu lassen auch vom Arbeitsbruder! Laßt auch die Arbeiterfrauen warm werden an der sozialistischen Idee! Gebt auch der Jugend den lebendigen, begeisternden Glauben!

Öffnet den Menschen das Tor ihres Herzens, daß sie die Fülle und Tiefe der sozialistischen Welt auch zu verstehen imstande sind! Daß sie am sozialistischen Gedanken hängen in Treue und Jungheit! Daß sie ihn lieben! Daß er zu ihrem Wesen wird! Daß sie von ihm gar nicht mehr lassen können! Und daß er mit der werdenden Formung und Gestaltung mehr und mehr, tiefer und tiefer überall ist in Hirn und Herz, im Verleben wie im Glauben, im Begreifen wie im heiligen Erlebnisgefühl.

Dann wird der Mensch sein. Der neue Mensch. Der ganze Mensch als Einheit von Erkenntnis und Liebe.

Fachliche Religion.

Der Generalsekretär der fachlichen Partei in Italien, Giurati, hat kürzlich einen Erlaß an die Fachisten herausgegeben, den er in die Form von 10 Geboten gekleidet hat. Eines dieser Gebote geht an jedes fachistische Mitglied dahin, täglich Gott zu danken, weil er es zum Fachisten gemacht habe.

Modernes Pharisäertum furchtbarer Art! Elendeste Ueberheblichkeit! Widerlichste Selbstgefälligkeit! Was ist das Pharisäertum des Neuen Testaments gegen diese Fachisten! Wie würde der Tagarener, lebte er heute, weßern gegen diese engstirnigen und unreligiösen, stiftlich erstarrten Menschen! Wer sich nur ein wenig wahrhaft tiefes Fühlen bewahrt hat, der wendet sich mit Ekel von dieser Gesellschaft ab!



Kommunistischer Mißbrauch der Arbeitslosen oder Elende Ausbeutung des Elends! (Motenrotter, Zinslerbaum.)

Dienst am Kunden.

Was die Österreicher doch für nette, höfliche, gefällige Menschen sind, das hab' ich erst jüngst wieder erfahren. Sogar die Postbeamten. Dienstfertig und bereitwillig bis ins letzte. Alles, was recht ist...

Ich hatte auf einem kleinen Postamt eine lagernde Geldsendung abzuholen. An die achtzig Schilling. Und der Schalterbeamte zählt mir — wahrscheinlich, weil er mir was ganz besonders Nettes antun will — den ganzen Betrag in funkelneugeneu, bligblanken Silberstücklingen hin. Mein Geldstückchen hätte den Reichstum gar nicht so lassen vermocht...

Da beugte ich mich in den Schalter und nahm ein bißchen bekommen — weil ich auf einen Insignanzier gefaßt war — einen Anlauf zu der Witte: „Ach, könnte ich vielleicht Papier haben...?“

Aber kein Insignanzier kam. Im Gegenteil! Nur eine Sekunde fuhrte der Mann. Dann bligte ein Funke des Verstehens hinter seinen Brillengläsern auf. Ein Funke menschlichen Mitgeföhls. Bewissen kramt er in seiner Schublade. Sein Gesicht bekommt einen ratlos bekümmerten Ausdruck...

Und er beugt sich ganz nahe zu mir vor. So nah, daß nicht einmahl ein Hintermann ein Wort hätte verstehen können. Und flüstert diskret: „Der's auch Stellung sein, gnä' Frau...?“

Und wo bleibt

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten?

In einer Zeit, wo man sich intensiv mit Arbeitsbeschaffungsfragen beschäftigt, muß daran erinnert werden, daß zum Ende der Beschäftigung mit Arbeit am 1. August 1930 die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten gegründet wurde. Bei Gründung der Gesellschaft wurde das Zustandekommen einer größeren Auslandsanleihe bereits als mit Sicherheit bevorstehend bezeichnet. Diese Prognose ist nicht in Erfüllung gegangen. Und heute ist weniger denn je eine Auslandsanleihe zu erhalten. Es erscheint sogar kaum denkbar, langfristige inländische Anleihen aufzunehmen. Bei dieser Sachlage ist die Gesellschaft für die Weiterfinanzierung von Staatsanleihen lediglich auf Zinszahlungen und Rückflüsse ihres Darlehensbestandes angewiesen. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten steht vor einer entscheidenden Wendung. Soll sie ihre Aufgabe erfüllen, dann muß entweder das von ihr zu gewählende Kreditvolumen den künftigen Einnahmen angepaßt und damit die Bedeutung der Staatsanleihen weniger erheblich zurückgedrängt werden oder die laufenden Ausgaben müssen aus Zwischenkrediten finanziert werden. Was immer getan werden muß, möge bald getan werden. Auf alle Fälle muß ein Weg gesucht werden, daß die Gesellschaft Kapital aufnehmen kann. Es ist an der Zeit, daß die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten sich aktiv an der Arbeitsbeschaffung beteiligt! Es kann nicht angehen, daß eine Gesellschaft, die ausschließlich für solchen Zweck gegründet worden ist, in einem Dornröschenschlaf dahindrift. Wenn sie lediglich ihre Einnahmen und Ausgaben buchen will, dann ist sie überflüssig. Arbeit soll sie beschaffen! Sie soll und muß mit zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Lösung der Krise beitragen!

Sechs Millionen klagen an!



Sechs Millionen stöhnen unter der Last! Sechs Millionen hat das Elend erfaßt! Sechs Millionen schreiben nach Arbeit und Brot! Sechs Millionen verzweifeln in bitterster Not! Sie haben zum Klotz der Arbeitslosigkeit der Welt noch das Zentnergewicht des Lohnraubs gestellt! Sie versprochen, das Dasein billiger zu gestalten, und haben auch darin nicht ihr Wort gehalten! Den Hammer „Arbeitszeitverkürzung“ haben sie nicht nur zaghaft tippend vor sich hergeführt, (geführt, es unterließen sie alles, was sie gemußt und drum, Arbeiter, her zur Eisernen Front! Igekonn — Paul Haase.

Aus den Bezirksverbänden

Offpreußen. (Kein Steinschlagtarifvertrag in Offpreußen!) Seit Ende August vorigen Jahres bemühen wir uns in Offpreußen, den am 30. September 1931 nach dreijährigem Bestehen abgelauteten Lohn- und Akkordtarifvertrag für Steinschlagarbeiten zu erneuern. Nach verschiedenen Verhandlungen mit den Unternehmern brachten Verhandlungen vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß am 8. und 9. Oktober 1931 einen Schiedspruch, um dessen Verbindlichkeitserklärung der Schlichter für Offpreußen erstudiert werden mußte. Die Verbindlichkeitserklärung wurde mit folgender Begründung abgelehnt: „Der Schiedspruch setzt die Löhne für ein ganzes Jahr fest; es ist zur Zeit nicht zulässig, auf so lange Dauer Löhne in Zwangswege festzusetzen. Da ein öffentliches Interesse für die Schaffung eines Tarifgesetzes vorliegt, wird der Einleitung eines neuen Verfahrens (§ 12 Abs. 3 der Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung) nichts im Wege stehen.“ Wir gingen also nochmals zum staatlichen Schlichtungsausschuß und erzielten, da inzwischen die Vierte Verordnung heraus war, einen Schiedspruch, der die Löhne für 15 1/2 Wochen bei den Betrieben mit Aufschlag festsetzte. Aber auch jetzt würde die für einen zweijährigen Schlichtungsfrist festgesetzte Verbindlichkeitserklärung nicht erfüllt werden können. Wir erzielten folgende Gründe dafür hat: „Nach den vom Reichsarbeitsministerium gegebenen, bei Gelegenheit des Erlasses der Verordnung vom 8. Dezember 1931 nachdrücklich betonten Richtlinien für Verbindlichkeitserklärungen von Schiedsprüchen liegen die Voraussetzungen für eine Verbindlichkeitserklärung nicht vor.“ — Man muß demnach annehmen, daß der Reichsarbeitsminister den Schlichter die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen, die den Abschluß von Tarifverträgen bezwecken, verboten hat. Soweit sind wir also schon gekommen, daß die Schlichtungsinstanzen auf Weisung des Reichsarbeitsministers Tarifvertragsabschlüsse verhindern. Welche Bedeutung und welchen Sinn hat denn danach noch die Tarifvertragsverordnung, wenn Minister sie einfach außer Kraft setzen können und wie in diesem Falle kaufende Arbeiter der schrankenlosen Ausbeutung durch den Unternehmer ausliefern? Es dürfte für die Gewerkschaften höchste Zeit werden, ihr Augenmerk auf diese Entwicklung im Tarifwesen zu richten. Wenn es trotz anerkanntem öffentlichem Interesse und trotz starker Verfestigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie es die Vierte Verordnung wollte, nicht mehr möglich ist, mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen zum Tarifrecht zu kommen, dann gibt es praktisch kein Tarifrecht mehr. Die im Steinschlag tätigen Kollegen werden sich nunmehr auf den Ar-

beitsstellen selbst helfen. Wo es irgend geht, muß die Gelegenheit, durch Arbeitsunterbrechung wenigstens einen angemessenen Arbeitsvertrag zu erzipen, genutzt werden. Wir werden außerdem sämtliche Steinschlagarbeitenstellen in Offpreußen als Kampfgebiet erklären. Wir wollen uns keinen Akkord aufzwingen lassen; es wird nur im Zeitlohn gearbeitet, und zwar zu den Stundenlöhnen des nicht für verbindlich erklärten Schiedspruches von 82 1/2 im Lohngebiet I und 68 1/2 im Lohngebiet II. Kollegen, befolgt diese Anweisungen und übt Solidarität!

Aus den Fachgruppen

Glasler. In unserer Verammlung am 4. Februar wurde der Film „Anser Jungpols studiert“ vorgeführt. Kollege Czapanaski berichtete über die Lohnverhandlungen und von einer Sitzung unserer Tarifschlichtungskommission. Letztere hatte in einem Fall über Entlassungs- und Freistellungsfragen zu entscheiden. In einem zweiten Fall, der vor dem Arbeitsgericht ausgetragen wird, hatte der Arbeitnehmer Wenzel (Wltona) einen jungen Kollegen unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen, unter dem Tariflohn zu arbeiten. — Leber die Arbeitsfrage berichtete Kollege Müller, daß fast sämtliche Kollegen erwerbslos sind. Die wenigen noch in Arbeit verbleibenden Kollegen müßten größtenteils verkürzt arbeiten. Am 1. Dezember 1931 meldeten sich 221 und am 17. Dezember 226 Glasler erwerbslos. Voraussichtlich wurde ein Kollege. Die Zahl der Erwerbslosen betrug am 1. Januar 1932 225 und am 15. Januar 245. — Ermahnt wurde noch, eifrig für die „Eiserne Front“ zu werben.

Töpfer und Fliesenleger. Oberschlesien. Einzelne Fliesenleger sind hier an Werke, den Fliesenlegerarbeiten in Grund und Boden zu wirtschaften. Vor allem gehen darin mit schlechtem Beispiel voran die Gebrüder Franz und Albert W. von aus Tarnow. Unsere organisierten Kollegen, die sich an die tariflichen Preise halten, werden vom Unternehmer nicht eingestuft, weil sich solche unorganisierten Schmuckkonkurrenten zu geradezu jämmerlicher Bezahlung anbieten. Traurige Zeichen der Zeit! Solbin. Eine eigenartige Auslegung für die Bezeichnung Schwarzarbeit hat der Töpfermeister W. Rißmann entdeckt. Er lag im „Soldiner Tageblatt“: „Schwarzarbeit ist Arbeit, die von Personen ausgeführt wird, deren Gewerbe nicht angemeldet ist. Dadurch würden dem Staat Steuern entzogen, folglich seien Pflücker und

Schwarzarbeiter die größten Schädlinge des Staates. Jeder Schwarzarbeiter schaffe einen Erwerbslosen mehr.“ Dieser Herr Rißmann, der auf die Gewerkschaften sehr schlecht zu sprechen ist, scheint der Meinung zu sein, daß jeder Arbeiter, der bereits Monate und Jahre arbeitslos ist, nur noch das Recht zum Verhungern habe, während das bisherige vorhandene Arbeit von denen verrichtet wird, die sich einmal den Meisterlohn erworben haben. Wir dagegen sind der Meinung, daß Schwarzarbeit solche Arbeit ist, die von in Arbeit stehenden nach Feierabend ausgeführt wird. Wir können es keinem Kollegen verdanken, wenn er, geplagt von Hunger und Arbeitslosigkeit, einmal einen Ofen umhebt oder Ofenreparaturen ausführt. Zudem liegt es heute oft so, daß der Hauswirt zum Winter die Kachelöfen nicht ausbessern läßt und die arbeitslosen Bewohner darauf angewiesen sind, durch einen Töpfergehilfen — vielfach umsonst — die notwendige Reparatur vornehmen zu lassen. Herr Rißmann aber geht noch weiter: Er betrachtet auch als Schwarzarbeit, wenn die Stadt Solbin durch Töpfergehilfen einige Ofenreparaturen ausführen läßt. Es ist nun mal so: Die Herren Meister möchten alles schänden von dem bishigen, was noch vorhanden ist, während die Gezellen monate- und jahrelang in den Rauch schauen sollen. Außerdem sitzt Herr Rißmann im Glashaute, weshalb er nicht mit Steinen werfen sollte. Er schimpft über Schwarzarbeiter, beschäftigt aber gelegentlich bei sich ebenfalls Schwarzarbeiter, jedenfalls weil sie billiger sind. Aber so etwas gehört heute zum Milieu einer solchen Innungsleitung!

Aus der Bauarbeiter-Internationale

Studienreisen jüngerer Gewerkschafter.

B.-I. Um dort Land und Leute sowie Bauarbeiten kennenzulernen, machten im Sommer 1931 zwölf jüngerer deutsche Bauarbeiter eine Reise durch Holland. Die Fahrt diente dabei als Beförderungsmittel. Die Bahnfahrt ist erheblich teurer, und außerdem sieht man vom Fenster des Eisenbahnwagens aus nur flüchtig, was erschaut werden sollte: ob trotz Sprachschwierigkeiten und Geldknappheit internationale Schulungsarbeit in dieser Weise möglich sei. Die Reise war erfolgreich; sie brachte viele photographische Aufnahmen, einen Film, gute Abhandlungen über Erschautes und Erlebtes, Verbundenheit mit den holländischen Kameraden; zudem hinterließ die Reise unvergessliche Eindrücke bei jedem Teilnehmer.

Die Teilnehmer an der Reise, durchweg deutsche Bauarbeiter ungefähr gleichen Alters, konnten sich zum Teil von den Schulungskursen im Schulheim am Werlese. Sie stammten aus den deutschen Landesteilen, die entlang der holländischen Grenze liegen. Die Sprachschwierigkeiten wurden darum leicht überwunden. Ebenso leicht wurde die Reise finanziert; die in Arbeit stehenden Kameraden steuerten etwas reichlicher in die gemeinsame Reisekasse als die arbeitslosen. Außerdem genoß die Reisegesellschaft in umfangreichem Maße holländische Gastfreundschaft.

Trotz des zufriedenstellenden Verlaufs dieser ersten kurzzeitigen Studienfahrt kann man nicht schuldlos sagen, daß damit eine allgemein gültige Norm für internationale Studienfahrten gegeben sei. Man wird noch mehr Erfahrungen sammeln müssen; denn Reisen unter Benutzung des Fahrrades werden in den verschiedenen Ländern unterschiedlich verlaufen. Trotzdem sollte es bei der Benutzung des Fahrrades bleiben, weil die Eisenbahn zu schnell durchs Land eilt, um die erwünschten Studien zu ermöglichen. Im allgemeinen sind die so gemachten Studienfahrten leicht zu ermöglichen, wenn die Teilnehmer sich rechtzeitig darauf vorbereiten können, indem sie sich die dafür angesetzte Zeit freihalten und das nötige Geld sparen. Solche Studienfahrten sind auch geeignet, die Teilnehmer zusammenzuführen mit den ausländischen Kameraden, die an den Kursen im Schulheim am Werlese teilgenommen haben.

Der Nutzen solcher Studienfahrten ist unbestreitbar. Sie verdienen Förderung durch die angeschlossenen Organisationen, die erwägen sollten, ob es angebracht ist, aus den Mitteln, die jede Organisation zur Organisation und Schulung ihrer Mitglieder ausgibt, zu solchen Studienreisen Zuschüsse zu geben. Möglicherweise könnte auch die Bauarbeiter-Internationale ihrer bisher auf dem Gebiete des Jugendwerkes geleistete Arbeit ergänzen, indem sie in Fällen, wo der betroffenen angeschlossenen Organisation die Mittel zur Förderung der Studienreisen fehlen, helfend eingreift.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 1. Februar 1932.

Table with columns for districts (Bezirksverband), members (Mitglieder), unemployed (Arbeitslos), and percentages. Rows list various districts like Königsberg, Danzig, Steffin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Weim, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Rostock, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe, and totals.

Politische Zeitnotizen

KPD-Taktik für die Reichspräsidentenwahl in Preuss. In dem bei Frankfurt gelegenen heftigen Städtchen Neuenburg wurde der nationalsozialistische Kandidat in der Stichwahl mit 2772 Stimmen gegen 2646 sozialdemokratische Stimmen zum Weizsäcker gewählt. Die für den kommunistischen Kandidaten abgegebenen 996 Stimmen sind ungültig. — Im ersten Wahlgang hatten die Nazis 2300, die Sozialdemokraten 1700 und die Kommunisten 1300 Stimmen erhalten. Eine nähere Prüfung dieses interessanten Wahlergebnisses ergibt, daß immerhin 300 Kommunisten, also rund ein Viertel, der Parole ihrer Partei nicht gefolgt sind, daß jedoch die Sozialdemokratie über diese 300 kommunistischen Stimmen hinaus 650 Stimmen aus eigener Kraft gewinnen konnte. Da der Vorkandidat des Reichspräsidenten nur 128 Stimmen betrug, ergibt sich klar, daß nur das eigenhändige Festhalten an einer eigenen Kandidatur die Ungültigkeit der 900 KPD-Stimmen und dadurch den Sieg des Hakenkreuzlers herbeiführte. In der Arbeiterbevölkerung herrscht ungeheure Erbitterung über diesen neuesten Verrat der Kommunisten.

Die Welt in Waffen. Der gegenwärtige Rüstungsstand geht aus den amtlichen Veröffentlichungen hervor, die von 24 Staaten dem Völkerbund eingereicht haben. Darunter steht Sowjet-Rußland, das das stärkste Heer der Welt besitzt. Von den Staaten, bei denen eine Uebersicht möglich ist, hat das stärkste Heer Frankreich, dessen aktives Heer mit den Luftstreitkräften und den militärisch organisierten Verbänden eine Stärke in Höhe von 692 366 Mann hat. Dazu kommen 4,2 Mill. ausgebildete Reservisten. Das zweitstärkste Heer weist Italien mit rund 500 000 Mann auf. Es folgt Polen mit 330 000 Mann und 2,5 Millionen ausgebildeten Reservisten. Rumänien verfügt über ein Heer von 315 000, England über ein solches von 304 000, Japan über 276 000, Jugoslawien über 228 000, Spanien über 192 000, Amerika über 154 000, die Tschechoslowakei über 140 000, Deutschland über 100 000 und Belgien über 88 000 Mann. Deutschland als das größte Land Europas hat ein Heer geringer als ein Kleinstaat. Damit könnte man sich noch mehr befremden, wenn sich auch die übrigen Länder zur Abrüstung entschließen wollten. Obige Uebersicht zeigt aber, daß Mars noch immer seinen unheilvollen Einfluß in der Welt ausübt.

Terror-Statistik aus zwei Jahren. Bisher wurden bekannt: 1480 Gewalttaten mit 62 Toten und etwa 3200 Schwer- und Leichtverletzten als Blutopfer des deutschen Faschismus. Von den Hakenkreuzschlägern wurde bei der verhältnismäßig geringen Strafverfolgung bekannt, daß in 53 Fällen größtenteils kriminell Vorbestrafte die Täter waren, von ihnen 3 über 20mal, 5 über 10mal, 10 über 5mal, 25 ein- und mehrmals. In 32 Fällen hatten die Gewalttäter ausgesprochen unpolitische Motive wie Raub, Eifersucht usw. In 23 Fällen wurden die Ueberfallenen ermordet. 20mal gingen die Ueberfälle lediglich um Erlangung von Siegestrophäen wie Fahnen, Abzeichen usw. In 3 Fällen wurden angebliche gemeinerische Ueberfälle er-

funden, um im Ansehen zu steigen, in 2 Fällen, um die SZ-Rente zu erlangen. Nachweisbar dienen 5 Gewalttaten der persönlichen Rachebefriedigung, in 5 Fällen wurde die SZ zu ausgeprochenen persönlichen Zwecken ihrer Führer eingeleitet. 58mal konnte einwandsfrei eine Bewaffnung festgestellt werden, darunter allein 16mal der Besitz von Schußwaffen bis zum Maschinengewehr. 9 Waffenlager wurden ausgehoben, 6mal wurde der Besitz von Sprengstoffen festgestellt. 42mal wurden systematisch sozialdemokratische, 39mal andere Versammlungen gesprengt, 9mal wurden Referenten angegriffen und 20mal Volks-, Gewerkschafts- und Konsumvereinshäuser überfallen, ferner 14mal gemeinerische Zeitungen, 5mal gemeinerische Setzungsdruckereien sowie 11mal Presseberichterstattung und Redaktionsräume 33mal wurden Ueberfälle auf gemeinerische Lokale bekannt. In anderen öffentlichen Wirtschaften wurden 31mal schwere Ausschreitungen begangen, in öffentlichen Verkehrsmitteln 10mal. 100mal wurden schwere Mißhandlungen von Sozialdemokraten, 279mal von Reichsbannerangehörigen, 39mal von Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterjugend und 25mal von Arbeiterportieren gemeldet. In 35 Fällen wurden Angehörige bürgerlicher Parteien planmäßig mißhandelt, 20mal ausgesprochen Parteilohe. „Aus Versehen“ wurden „irrtümlicherweise“ 12mal „falsche“ Personen erschlagen oder schwer mißhandelt. 19mal wurden Kinder schwer mißhandelt. 8mal Jugendliche, 30mal Frauen, darunter hochschwanger, in 16 Fällen wurden Gewalttäter mißhandelt, 7mal Kriegsbeschädigte und 6mal Kranke und hilflos Invaliden. In teilweise erschreckender Uebermacht griffen die Nationalsozialisten 174mal an. Aus ihren Versammlungen wurden 147 schwere Ausschreitungen gemeldet. In 16 Fällen wurde die Mißhandlung von Diskussionsrednern bekannt. 32mal geschah die Ueberfälle auf Kommando, 43mal wurden sie von SZ-Mitgliedern oder von nationalsozialistischen Lokalen aus unternommen. 31mal wurden Angriffe auf die Wohnungen Andersdenkender gemacht, darunter 3mal auf ganze Arbeiterwohnblöcke. 101mal entstand schwerer Sachschaden. In 3 Fällen wurde Brandstiftung verübt. 11mal wurde Sprengung, 10mal Stinkbomben verwendet. 80mal wurden organisierte, bewaffnete Provokations- und Schlägereitruppen festgestellt. 50mal wurden Polizeibeamte angegriffen und teilweise mißhandelt, 11mal wurde Beamte, 4mal Reichsbannerangehörige. Trotz des Mangels an besonderen Meldungen konnten allein 34 planmäßige Versuche gegen beherrschende Anordnungen festgesetzt werden. 9mal wurden Friedhöfe geschändet, Leobengedenksteine und Hindenburgbilder zerstört. Nachweisbar geschahen 19mal ausgesprochen faschistische Exzesse. In 17 Fällen wurde der Völkzug der „Jeme“ gegen eigene Parteifreunde bekannt. Das ist die gedrungene Zusammenfassung einer Statistik, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in der Denkschrift „Gewalttaten der Nationalsozialisten“ zusammengestellt hat. Sie stellt die Terrorhandlungen der Nazis unter Beweis, und zwar für die Zeit bis zum 1. Dezember 1931.

Zur neuen Lohngestaltung im Baugewerbe.

Gem. §§ 33 ff. 10 des Reichsarbeitsvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten wurde am 22. Februar 1932 zwischen den Vertragsparteien folgendes unter schriftlich vereinbart:

1. Die bezirkslichen Tarifvertragsparteien sind verpflichtet, in der Zeit von Anfang März bis spätestens zum 2. April 1932 über die Löhne im zweiten Vertragsjahr zu verhandeln.

2. Führen die Parteiverhandlungen nicht zu einem Ergebnis, so bleibt das weitere Verhalten der bezirkslichen Tarifvertragsparteien diesen überlassen.

Allgemeine Rundschau

Beitragsberechnung des Bäderkreises. Die Buchgenossenschaft „Der Bäderkreis“, Berlin SW 61, die kürzlich ihre Buchandelsverkaufspreise für Nichtmitglieder erheblich senkte, hat sich nunmehr entschlossen, auch die Beiträge für ihre Mitglieder, sowie den Preis der Sonderbände für Mitglieder vom 1. Quartal 1932 an herabzusetzen. Danach beträgt der Monatsbeitrag nur noch 90 $\frac{3}{4}$, der in zwei Beiträgen à 50 $\frac{3}{4}$ und 40 $\frac{3}{4}$ entrichtet werden kann. Der Quartalsbeitrag beträgt daher nur noch 2,70 $\frac{1}{2}$. Das ist auch der Preis für Sonderbände, wenn Mitglieder solche beziehen. Die neuen Werke des Bäderkreises, die in diesem Quartal erscheinen, werden übrigens in ihrer Ausstattung trotz der Verbilligung der Preise eine erhöhte Leistung darstellen. Daneben erhalten die Mitglieder noch die gut redigierten und vorzüglich ausgestatteten Quartalszeitschrift. Außerdem werden ihnen noch sonstige Vorteile gewährt. Der Beitrag ist im Verhältnis zu den Leistungen außerordentlich niedrig und dürfte sicherlich viele Freunde des guten, sozialistischen Buches veranlassen, die Mitgliedschaft im Bäderkreis zu erwerben.

Reizförderer am Werk. Mit welsch kleinlichen Mitteln gegen den neuzeitlichen Wohnungsbau gekämpft wird, zeigt ein Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 31. Januar unter obiger Ueberschrift. Es wurde behauptet, daß wiesoch Wohnungen, die „mit allem Komfort ausgestattet“ sind, von den Mietern nicht ordnungsgemäß gepflegt werden. So sollen Waderäume nicht benutzt oder zu anderer Verwendung umgewandelt worden sein. Diese Verdächtigungen wurden kurz darauf durch eine Zeitschrift aus Konstanz, die dieselbe Zeitung am 2. Februar veröffentlichte, „begründet“. In ihr behauptete ein Dr. C., daß „in verschiedenen Wohnungen die Waderäume als Ziegenstall benutzt werden“. Müß man sich nicht wundern, daß eine Zeitung, die Wert darauf legt, als Organ von Ruf und Ansehen zu werden, für solche Dinge Raum hat? Wir sind den Dingen nachgegangen, und dabei hat sich nach Mitteilung des Bürgermeisters tatsächlich herausgestellt, daß in

einere „Bundes-Zeitung“, enthaltend „Stimmen zum Preisabbau“, kann wegen Raumangels erst in nächster Nummer erscheinen.

einer Wohnung von einem Mieter einige Tage eine junge Pflanze (Zichorien) in der Küche gehalten und gefüttert wurde bis zur Schlachtung. Ausdrücklich wird vom Bürgermeister festgestellt, es sei unrichtig, daß Mieter verschiedener Wohnungen der bezirksliche Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nach übertrieben sei. Die ganze Sache ist selbst des geringsten Quantums von Druckerfälschung nicht wert. Wir wollen an diesem Beispiel nur einmal zeigen, wie kleinlich und zugleich geistig bestimmte Geistes und Kreise gegen den Kleinwohnungsbau vorgehen.

Der Drang nach Auswanderung. Vielen Landeskindern werden die Grenzen zu eng. Sie wandern in die Welt hinaus, um ihr Glück zu versuchen. Die Auswanderung von Deutschland nach Uebersee betrug in den letzten beiden Vorkriegsjahren 18 000 und 25 000. In den Inflationsjahren von 1921 bis 1923 schneifte die Entwicklung von 24 000 auf 115 000 hinauf. Mit 65 000 Personen er-

Ohne Beitragsleistung kein Fortschritt!

Für die Woche vom 21. bis 27. Februar ist für 9. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

reichte die Nachinflationssziffer im Jahre 1928 ihren Höhepunkt. Von 1927 bis 1930 entwickelte sich die Auswanderung nach Uebersee wie folgt: 61 000, 57 000, 48 000, 37 000. Im Jahre 1931 rechnet man mit einer Auswanderung von 15 000 Personen. Befände nicht in Uebersee die Einwanderungssperre, so würde die Auswanderung viel höher sein. Aus diesem Grunde ist auch die innereuropäische Auswanderung ziemlich stark. In den Jahren 1926 bis 1929 mandernden nach anderen europäischen Ländern zusammengekommen 80 000 Deutsche aus, dagegen im Jahre 1930 allein 40 000, im Jahre 1931 sogar 60 000. Diese Zahlen liefern einen deutlichen Beweis dafür, daß der Wandertrieb durch die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr gefördert wird. Er kann sich jedoch nicht voll auswirken, weil überall Schlagschlämme in Gestalt scharfer gesetzlicher Bestimmungen bestehen, die die Arbeitskräfte nicht hinüber und herüber kommen lassen.

Bekannt der bezirksliche Dichter Hanns Gohd der nächsten Friedens-Nobelpreis? In dieser von Reichsgericht und nationalsozialistischer Seite erfüllten Zeit hat der Dichter Hanns Gohd in seinem Roman „Wahn-Europa 1934“ (Fackelreiter-Verlag, Berlin W 15) einen tapferen Mahnruf zum Frieden erschallen lassen. Sein Werk, das gegenwärtig in fast alle Kultursprachen überetzt wird, hat so starken Beifall gefunden, daß der Dichter schon von mehreren Seiten her für den nächsten Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen worden ist. In den nächsten Tagen erscheinen bereits die holländische und dänische Uebersetzung, woran sich dann zunächst amerikanische, finnische, französische und englische Ausgaben anschließen werden.

Der Zementabsatz im Januar. Der Tiefstand des Zementabsatzes, der die trostlose Lage der Bauwirtschaft erkennen läßt, dauert an. Im Januar wurden 104 000 Tonnen Zement verhandelt gegenüber 164 000 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres und 315 000 Tonnen im Januar 1930. Der Absatz hat sich also innerhalb von zwei Jahren auf ein Drittel vermindert.

Rekordbjahr für den Betonstraßenbau — in England. Wie uns aus England gemeldet wird, sind während des Jahres 1931 in Großbritannien über 700 Kilometer Betonstraßen gebaut worden — um 240 Kilometer mehr als in irgendwelchem der früheren Jahre. Im ganzen gibt es jetzt in Großbritannien nahezu 2500 Kilometer Betonstraßen. Einige dieser Straßen liegen schon rund 15 Jahre, ohne daß sie irgendwie nennenswerte Unterhaltungskosten verursacht hätten. — Die neueste Erfindung auf dem Betonstraßenverlegewesen besteht darin, daß man verschiedene Farben zu geben; rötlich-gelbe, rote und grüne Straßen wurden mit Erfolg gebaut. Es hat sich herausgestellt, daß diese Straßen auch den Vorteil haben, einen hohen Glanz zu geben und die Straßenschäden zu vermeiden zu bilden; ferner können Trennungsfugen durch die Verkehrsregelung in verschiedenen Farben eingepflegt werden, so daß sie auch bei schlechter Beleuchtung gut sichtbar sind.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Bunzlau. Oskar Scholz, Zöpfer, 51 Jahre alt.
Dresden. Hermann Gausauge, Hilfsarbeiter, 64 J.
Oskar Klein, Invalide, 72 Jahre alt.
Richard Müller, Maurer, 68 Jahre alt.
Dulsburg. Heinrich Teich, Hilfsarbeiter, 53 Jahre.
Frankfurt a. M. Fritz Leidenhal, Dachdecker, 43 J.
(Wehrheim.) Ludwig Michel, Hilfsarbeiter, 30 J.
(Epselbach.) Jakob Schrohr, Maurer, 70 Jahre alt.
Fürchwalden. Friedrich Zademach, Maurer, 77 J.
Gelsenkirchen. Ernst Koch, Invalide, 76 Jahre alt.
Guben. Adolf Hartwig, Maurer, 43 Jahre alt.
Hamel. (Steinjen.) August Rakemann, Maurer, 59 J.
Hannover. Rudolf Annichhöfer, Zöpfer, 69 J.
Hild. Hermann Wiedt, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt.
Königsberg. Karl Rab, Maurer, 45 Jahre alt.
Leipzig. Emil Menning, Diensthilfe, 68 Jahre alt.
Josef Staake, Jolierer, 70 Jahre alt.
Mainz. Johann Bauer, Maurer, 59 Jahre alt.
(Rastfel.) Franz Kleinmann, Maurer, 56 Jahre.
Mannheim. (Redarau.) Friedrich Morasch, Pfeifenbläser, 30 Jahre alt.
Mittelf. (Wroßsch.) Wilhelm Mohaupt, Hilfsarb., 39 J.
(Schlabitz.) August Kohl, Maurer, 59 Jahre alt.
München. Ludwig Leidl, Hilfsarbeiter, 57 Jahre.
Ignatz Lipp, Maurer, 58 Jahre alt.
Anton Seibold, Hilfsarbeiter, 59 Jahre alt.
Theodor Swoboda, Glasmaier, 54 Jahre alt.
Josef Strasser, Einpfadler, 68 Jahre alt.
Neustadt i. Holz. Wilhelm Dohm, Hilfsarbeiter, 42 J.
Oberberg. August Schöfeler, Hilfsarbeiter, 67 Jahre alt.
Pforzheim. Ernst Lindenbauer, Hilfsarbeiter, 57 J.
Recklinghausen. Arnold Kuppermangel, 61 J.
(Erlensbüchel.) August Müller, Maurer, 26 Jahre.
Reutlingen (Hrondorf.) Paul Haupt, Cipier, 48 J.
Steffin. Wilhelm Marschall, Maurer, 67 Jahre alt.
Karl Zieh, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt.
Uetzeren. (Heitrite.) Johann Gögler, Maurer, 77 J.
Wittelsöbde. Max Goerke, Maurer, 50 Jahre alt.
Weimar (Soppjarten). Herm. Teichmann, M., 58 J.
Ehre ihrem Andenten!

Baugewerkstatt für Leuzer. Totaleigentum für durchgehende Baulegen gesichert.

Bücher u. Schriften

Neue Blätter für den Sozialismus. Im Gebrauchsgebiet ist der Zeitschrift „Neue Blätter für den Sozialismus“ ein außerordentliches Stellen genommen. Mit und über die auf den allernächsten Stufe des Bewusstseins, die eine „Durchbruchsstufe“ in der Revolutionsfrage“ erlangen zu wollen, handelt, analysiert, kritisiert. Sehr einflussreich sind die Beiträge von Karl Kautsky, Friedrich Engels, Eduard Bernstein und über den „Weg der 3. Internationale“. Geht auf unterirdischen Verhältnisse ein, die sich im Laufe der Zeit von Marx über die „Kommunistische Partei in Sowjetrußland“ mit internationalen Beziehungen von G. P. (Erlensbüchel.) August Müller, Maurer, 26 Jahre.
Reutlingen (Hrondorf.) Paul Haupt, Cipier, 48 J.
Steffin. Wilhelm Marschall, Maurer, 67 Jahre alt.
Karl Zieh, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt.
Uetzeren. (Heitrite.) Johann Gögler, Maurer, 77 J.
Wittelsöbde. Max Goerke, Maurer, 50 Jahre alt.
Weimar (Soppjarten). Herm. Teichmann, M., 58 J.
Ehre ihrem Andenten!

LEST DAS BAUWERK

REELLE BEZUGSQUALITÄT

Neue Gänsefedern

von der Gans gepulvt, mit Daunendopp gereinigt. Pid. 2,50, allerb. Qualität. — nur kleine Federn (Halbdaun). 4,25 $\frac{1}{2}$. Daunendopp. 6,00. gereinigte, zerissene Federn mit Daunendopp 4,00. 4,75. hochpr. 5,75. allerb. 7,00. 1. Vollaundun 9,00. 10,00. Für Gänsefedern, da diese Garanten — Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pf. portofrei. Nichtgelief. nehme u. meine Kosten zurück. **WILLY MANTEUFFE**, Gänsefedern, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.